

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

39. Sitzung
23. September 2024

Beginn: 14.05 Uhr
Schluss: 16.13 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD), zeitweise Tuba Bozkurt (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Vorlage – zur Beschlussfassung – [0205](#)
Drucksache 19/1839 WiEnBe
Gesetz zur Neuregelung der Immobilien- und StadtWohn(f)
Standortgemeinschaften

– Vorabüberweisung –

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0124](#)
Perspektiven für den Einzelhandel: Entwicklung der WiEnBe
Einkaufsstraßen, Zwischen- und Nachnutzungen,
Immobilien- und Standortgemeinschaften,
Ladenöffnungsgesetz weiterentwickeln und
rechtssicher gestalten
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Hierzu: Anhörung

Vorsitzender Jörg Stroedter: Zu diesem Tagessordnungspunkt sind auch Frau Sabanovic von der SenWiEnBe, Leiterin des Referats II B, und Herr Tonndorf von der SenStadt, Leiter des Referats I A – Stadtentwicklungsplanung –, anwesend, die uns gegebenenfalls zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung stehen.

Die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1839 – wurde auf Antrag des Senats zur Beschleunigung vorab zur Beratung an unseren Ausschuss überwiesen. Hierüber wurden die Mitglieder des Ausschusses am 16. Juli 2024 per E-Mail informiert. Die Vorabüberweisung wurde in der Plenarsitzung am 12. September 2024 bestätigt.

Ich begrüße unsere Anzuhörenden, zum einen Frau Kirstin Bauch, Bezirksbürgermeisterin und Leiterin der Abteilung Finanzen, Personal und Wirtschaftsförderung des Bezirksamts Charlottenburg-Wilmersdorf, zum Zweiten Herrn Nils Busch-Petersen, ein häufiger Gast hier im Ausschuss, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands Berlin-Brandenburg e. V. – beide herzlich willkommen! –, und eigentlich an der Stelle Herrn Simon Margraf, Bereichsleiter Wirtschaft und Politik der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, der noch Anreiseschwierigkeiten hat. Ich hoffe, er kommt. Wir haben noch keine entsprechende Bestätigung erhalten.

Ich gehe davon aus, dass wir ein Wortprotokoll gemäß § 26 Absatz 7 der Geschäftsordnung anfertigen lassen. Gibt es dagegen Einwände? – Das ist nicht der Fall. Dann verfahren wir so.

Der Senat verzichtet, glaube ich, auf eine Erläuterung der Vorlage unter a. Wir machen erst die Anhörung. Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu b durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen übernimmt der Kollege Wapler. – Sie haben das Wort, bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Wir reden hier nicht zum ersten Mal über den Einzelhandel, auch über das vielfältige Bild, das die vielen Berliner Einkaufsstraßen in der Stadt zeichnen. Deshalb ist es einerseits gut, dass es diese Novelle zum Immobilien- und Standortgemeinschaften-Gesetz gibt. Wir glauben, dass wir die Debatte noch ein bisschen in das Gesamtbild einbetten müssen. Das haben wir hier schon öfter besprochen: die Existenzbedrohung vieler Läden durch den Onlinehandel, alle Maßnahmen zur Verbesserung der Attraktivität von Einkaufsstraßen, die möglich sind. Da sind die Immobilien- und Standortgemeinschaften sicherlich ein Mittel, aber wir sollten uns vielleicht auch darüber unterhalten, was es noch daneben und darunter gibt.

Wir haben auch schon über das Gesetz selbst und über Business-Improvement-Districts ausgiebig diskutiert. Man kann da auch vieles kritisch sehen. Tatsache ist, wir haben das in Berlin schon eine ganze Weile, und es war damals, 2013, glaube ich, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, die den ersten Anlauf gemacht hat. Das hat dann die große Koalition 2014 vorgelegt. Jetzt brauchen wir ein verfassungskonformes Abgabenmodell, nachdem der Einheitswert in Karlsruhe für verfassungswidrig erklärt worden ist. Wie bei der ersten Schaffung des Gesetzes war auch jetzt der Weg der Novelle nach unserem Eindruck ausgesprochen mühsam. Ich weiß, dass diese Novelle teilweise sehnsüchtig erwartet worden ist. Jetzt ist sie nach langem Hin und Her eingebracht worden, auch unter der Maßgabe, dass sich der Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf den Hut aufgesetzt hat, was die Abgabenerhebung angeht. Deswegen ist es gut und richtig, dass neben unserem alten Bekannten, Herrn Busch-Petersen, die Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf da ist. Ich bin gespannt auf die Debatte.

Wir können auch noch auf die sozusagen erste Saison der Business-Improvement-Districts zurückblicken. Es gab ja, glaube ich, nur zwei Einkaufsstraßen, also Altstadt Spandau und Ku'damm/Tauentzien, wo die Einrichtung bis jetzt funktioniert hat. Wir müssen schauen: Wie praktikabel ist das? Bringt uns die Novelle da weiter? Werden da womöglich auch Schwellen niedriger? – Ich bin gespannt auf die Debatte und freue mich auf die Diskussion.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege, für die Begründung! – Dann steigen wir in die Anhörung ein. Wir machen das immer so, dass jeder ungefähr fünf Minuten redet, denn es soll ja die Kommunikation entstehen. Es gibt immer ganz viele Fragen. Da können Sie noch ganz viele Punkte anbringen. Wir haben hier so eine kleine Stoppuhr. Das ist jetzt neu im Parlament. Es ist nicht so, dass Sie bei fünf plus eins ausgeblendet werden, ich bitte aber, sich ungefähr danach zu richten. Das wäre ganz gut. – In alphabetischer Reihenfolge würde ich Sie, Frau Bauch, zuerst um Ihr Eingangsstatement bitten. Sie haben das Wort.

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Sehr geehrter Herr Vorsitzender! Sehr geehrte Frau Senatorin! Liebe Abgeordnete! Ich will eigentlich gar nicht so viel sagen. Sie haben sich mit dem Instrument beschäftigt. Herr Wapler! Sie haben gerade von der Gesamteinordnung für den Einzelhandel gesprochen. Als Bezirksbürgermeisterin von Charlottenburg-Wilmersdorf habe ich natürlich mit, ich sage mal, dem Berliner BID am Ku'damm, den man kennt, viel Erfahrung sammeln können. Ich bedauere natürlich, dass wir da jetzt eine Lücke haben und der Anschluss der Novellierung nicht geklappt hat, sodass wir den alten BID erst mal abwickeln mussten, um dann einen neuen wieder aufsetzen zu müssen.

Das Thema Weihnachtsbeleuchtung vertiefte ich jetzt mal nicht. Das fällt natürlich entsprechend genau in diese Lücke, wäre aber auch ein sehr zentrales Thema, das in so einem BID mit behandelt werden könnte. So viel nur am Rande!

Ich weiß, dass es viele Debatten darüber gibt, ob man private Gelder dafür verwendet, die Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum aufzuwerten und die Innenstadtlagen zu verbessern. Ich kann dazu nur sagen, dass, erstens, das wissen Sie alle, die öffentliche Hand nicht wirklich Geld hat, um das noch mehr zu tun, als sie es ohnehin tut. Die Erfahrung, die wir mit dem Aufgabenträger hatten, aber auch mit den Eigentümern am Ku'damm, war eine sehr positive. Der Vorteil ist wirklich, dass wir als öffentliche Hand immer die Hoheit über die Entscheidung hatten, es ist also mitnichten so, dass die Eigentümer oder der Aufgabenträger bezie-

hungsweise die Aufgabenträgerin einfach ihre eigenen Entscheidungen treffen können, sondern das ist schon ein sehr intensives Zusammenspiel zur Weiterentwicklung oder Aufwertung der Innenstadtlage. Tatsächlich war das auch ein BID, der über zwei Bezirke ging. Tempelhof-Schöneberg war mit dem KaDeWe noch involviert.

Ich gebe Ihnen vielleicht noch einen kurzen Einblick: Wir als Bezirk stehen jetzt natürlich vor den organisatorischen Herausforderungen der Umsetzung, wie man so eine regionalisierte Aufgabe hinbekommt. Das ist nicht so einfach für uns. Insofern haben wir uns jetzt auf den Weg gemacht, unbenommen der Verabschiedung des Gesetzes, weil die übergeordneten finanziellen Grundlagen zwar im Gesetz geregelt sind, aber, wie es dann immer so ist, der Teufel im Detail steckt. Die Regularien, die für eine Bezirksfinanzierung vonnöten wären, sind im Gesetz nicht ausreichend geregelt. Deswegen werden wir noch ein paar Runden brauchen. Ich hoffe auf das Finanzamt Spandau, die Senatsverwaltungen für Finanzen und für Stadtentwicklung, dass wir uns gerne gemeinsam mit der Senatsverwaltung für Wirtschaft zusammensetzen, um zu gucken, wie wir möglichst schnell Beschäftigungspositionen einsetzen können. Sie wissen, leider basiert die Finanzlogik der Bezirke immer auf diesen zwei Jahren, das heißt, 2024 ist eigentlich die Basis für 2026 und 2025 für 2027. Dass wir 2024 nichts haben, wissen wir. Wie schnell wir 2025 sind, werden wir sehen, aber ich glaube, dass wir das, wenn wir es uns gemeinsam auf die Agenda schreiben, hinbekommen, dass wir 2025 ziemlich zügig mit der regionalisierten Aufgabe bei uns starten können. – So viel erst mal von meiner Seite! Sie können mir ja noch Fragen stellen. Herr Busch-Petersen wird bestimmt noch viel zu dem jahrelangen Verlauf bei diesem Thema sagen können. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Bauch, für Ihre Ausführungen! Sie haben die Zeit unterschritten. Das sind wir in diesem Ausschuss gar nicht gewöhnt. Also dafür auch noch herzlichen Dank! – Dann, Herr Busch-Petersen, haben Sie das Wort, bitte!

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine Damen und Herren Abgeordnete! Frau Senatorin! Herr Staatssekretär! Auch von uns in aller Kürze: Ich freue mich sehr, Herr Wapler, dass Sie noch mal auf die Geschichte Bezug genommen haben, muss aber etwas korrigieren. Es gab einen ersten Antrag im Abgeordnetenhaus schon Anfang der 2000er-Jahre, der es nicht geschafft hat. Damals war, glaube ich, in der CDU-Fraktion der Abgeordnete Tromp derjenige, der das Ganze vorangetrieben hat. Also einige werden sich dunkel erinnern, die Abteilung Geschichte ist hier anwesend. Damals ist das gescheitert. Wir haben sehr darum gerungen und als Handelsverband viele Jahre relativ einsam darum gerungen.

Wir sind sehr froh, dass sich dann auch die Wirtschaft hinter dem Thema versammelt hat, weil wir von dem Modell, zeitlich, räumlich und auch materiell begrenzte Projekte, die ein Grundquorum finden, dann über einen weiteren Prozess so zu finanzieren, dass sich alle, die langfristig etwas davon haben, darum geht es ja, nämlich die Grundstückseigentümer, daran beteiligen, einfach weil das Modell in vielen Teilen der nördlichen Hemisphäre schon sehr gut funktioniert hat. Das war für uns eigentlich auch die Motivation. Da meine ich nicht nur Hamburg, sondern auch Städte wie New York und viele Gemeinden in Großbritannien et cetera, wo genau nach dem Verfahren vorgegangen wird.

Deshalb haben wir uns sehr dafür eingesetzt und dann zur Kenntnis nehmen müssen, das haben Sie eingangs schon erwähnt, dass es Probleme gab, die dazu führen, dass es jetzt verfas-

sungskonform gestaltet werden muss. Wir sind davon überzeugt, dass der neue Abgabenmaßstab die Abgabenerhöhung auf eine rechtssichere Grundlage stellt. Dann würde ich sehr zügig in die Bewertung einsteigen. In Ihren Unterlagen haben Sie schon unsere Stellungnahme vom März dieses Jahres. Ich glaube, der Dialog mit den betroffenen Akteuren ist sehr gründlich gelaufen, die alle die Gelegenheit hatten, entsprechend Stellung zu nehmen.

Um Herrn Stroedter noch mal zu überraschen und unter der Zeit zu bleiben, noch kurz vier Punkte: Erstens, wir begrüßen die Novellierung des BIG, um Partnerschaften im öffentlichen Raum zu unterstützen. Zweitens, Beschleunigung und Vereinfachung, wenn das mit der Digitalisierung klappt, sind zu begrüßen. Wir hätten allerdings in der heutigen Zeit auch ein durchgehend digitales Verfahren für angemessen gehalten. Wir bedauern nach wie vor, dass es aus Sicht des Senats nicht möglich ist, im Rahmen des Gesetzes eine Anschubfinanzierung zu ermöglichen. Das stellen wir in den Raum und hoffen, dass es noch andere Ideen gibt. Die derzeitige Investitionszurückhaltung, die wir in den Innenstädten registrieren, vielleicht mit anderen Formen der Förderung aufzubrechen, wird nachher noch ein Punkt sein. Wir bleiben bei grundsätzlicher Befürwortung des Ganzen dabei, das können Sie nicht anders erwarten, dass die Befreiung der Liegenschaften der öffentlichen Hand von der Abgabepflicht aus unserer Sicht nicht richtig ist, denn die öffentliche Hand sollte einen Beitrag zur Attraktivität ihrer Standorte leisten, und sie hat ja auch etwas davon, wenn ihre Standorte attraktiver werden.

Grundsätzlich bleibt es dabei, die Novelle ist notwendig und überfällig. Ich bitte gleichzeitig darum, dass wir alle nicht der Illusion erliegen, das sei jetzt die Lösung aller unserer innerstädtischen Probleme. Ich habe das erlebt, als das erste Gesetz verabschiedet wurde. Kurz danach war ich im Interview mit einer Abgeordneten, die dort vor laufenden Kameras erklärte, jetzt sei die Lösung der Innenstadtprobleme da. Nein, gewöhnen wir uns an den Gedanken, so wie es in Berlin auch fast war, die ersten werden wahrscheinlich eher die starken Lagen sein, die sich das Ganze zutrauen und zumuten. Dann werden starke Lagen gestärkt, das ist aber gut in einer polyzentralen Stadt. Es ist wahrscheinlich nicht das Mittel, Straßen, die kurz davor stehen zu kippen, noch zu retten. Das sollten wir uns auch ehrlich eingestehen. Dazu sind dann möglicherweise der Aufwand zu hoch und der Nutzen zu gering. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten, wenn es dazu kommt, dass die Anlieger auch gehalten sind, das Ganze mit Augenmaß zu verwalten. Es kann auch ein sinnvoller BID sein, der zum Beispiel in etwas Sinnvolles wie Weihnachtsbeleuchtung investiert und nicht gleich meint, er muss die ganze Straße umgestalten. – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Busch-Petersen! – Jetzt ist folgende Situation eingetreten, Herr Margraf ist immer noch nicht da. Er sitzt in der S-Bahn fest, offensichtlich zwischen zwei Bahnhöfen, warum auch immer. Das heißt, wir wissen nicht genau, wann er kommt und ob er kommt. Deshalb bitte ich um Verständnis, das ist, wie man so schön sagt, höhere Gewalt. Vor der Fragerunde würde ich jetzt erst mal der Senatorin das Wort geben. – Bitte schön!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich freue mich natürlich, dass hier erst mal grundsätzlich eine positive Stimmung zum Gesetz vorgetragen worden ist. Das ist für uns wirklich ein Gesetz, das die Grundlage legt, um eben Immobilien- und Standortgemeinschaften einzurichten. Wir wollen die Attraktivität des Einzelhandels und der Dienstleistungs- und Gewerbezentren für Kundinnen und Kunden stärken

und damit am Ende auch die Rahmenbedingungen für Gewerbebetriebe verbessern. Das ist eine Gesetzesnovelle, die eine lange Vorgeschichte hat. Das ist in den Äußerungen deutlich geworden. Es geht letztendlich darum, dass wir jetzt endlich diese Möglichkeit schaffen, dass eben dieses Instrument besser genutzt wird, lokal besser organisiert werden kann und am Ende auch Stärkung der Hilfe zur Selbsthilfe bei den Gewerbetreibenden ist. Wir haben mit der Verabschiedung des Gesetzes eine ganz große Chance, dass eben auch die Immobilien- und Standortgemeinschaften tatsächlich gestärkt werden. Wir begrüßen deshalb auch aus Sicht der Wirtschaftsverwaltung selbstverständlich ein rasches Gesetzgebungsverfahren und sind natürlich sehr dankbar, dass wir das heute im Ausschuss diskutieren können.

Es geht darum, dass die Standortgemeinschaften tatsächlich in privater Organisation und Finanzverantwortung Maßnahmen vereinbaren können, die zur Stärkung des Standorts beitragen, die die Grundeigentümer auch stärken. Wir hatten zwei Anwendungsfälle in der Vergangenheit, die Altstadt Spandau und den Ku'damm, die gezeigt haben, dass das sehr gut funktionieren kann und dass wir damit nicht nur verbinden, dass Einzelmaßnahmen positiv umgesetzt werden, sondern dass es auch einfach ein positives Marketing für die Orte gibt, an denen das eingesetzt wird. Thema war das Ganze natürlich auch im Rat der Bürgermeister. Senator Gaebler hat das federführend ausgeführt, auch unter Mitarbeit unseres Hauses. Es geht einfach darum, dass wir mit der Novellierung des BIG, die wir für absolut dringlich und erforderlich halten, jetzt einen Schritt machen, der tatsächlich dazu führt, dass wir die Resilienz der Berliner Zentren stärken. Wir haben in unserer Stadt 80 Zentren. Nun werden nicht alle das Gesetz und die damit verbundenen Maßnahmen sofort nutzen, aber es ist natürlich ein ganz wichtiger Baustein, um den stationären Einzelhandel zukunftsfest und krisensicher zu machen und das private Engagement, das sich damit verbindet, entsprechend zu würdigen.

Das heißt, für uns ist dieser ganze Prozess absolut notwendig. Wir können mit den wirtschaftsdienlichen Maßnahmen, dem Programm WdM, noch zusätzlich unterstützen. Ich hoffe sehr, dass dieses Ganze auch so bei den Gewerbetreibenden ankommt, dass wir tatsächlich zu einer Verbesserung der Aufenthaltsqualität in Geschäftsstraßen beitragen. Also aus wirtschaftspolitischer Sicht absolute Befürwortung, dringend erforderliche Novellierung! Wir haben für Eigentümer und Gewerbetreibende in den Geschäftsstraßen ein ganz wichtiges Instrument, das verbindlich, rechtssicher und verpflichtend eben einen Zusammenschluss ermöglicht. Deswegen ist das aus unserer Sicht absolut zu befürworten. Wir freuen uns auf eine zügige und dann auch wirksame parlamentarische Befassung.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Senatorin, für Ihre Stellungnahme! – Dann gehen wir jetzt in die Diskussion der Fraktionen. Als Erster hat sich der Kollege Wapler für Bündnis 90/Die Grünen gemeldet. – Bitte!

Christoph Wapler (GRÜNE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden, auch für den historischen Exkurs! Ehre, wem Ehre gebührt! Das will ich nicht unterschlagen. – Die Erkenntnis, dass eher nicht die Einkaufsstraßen mit Problemen von einem BID oder einer Immobilien- und Standortgemeinschaft profitieren können, muss man auch erst mal sacken lassen. Ich weiß nicht, ob das von Anfang an so gedacht war, aber vielleicht können Sie aus Sicht des Handelsverbandes sagen – Sie haben ja gesagt, das sei eigentlich nicht schlecht, aber ist da nicht die Gefahr, dass tatsächlich die Einkaufsstraßen eher noch auseinanderdriften, also die kleinen, wo es ohnehin einen geringen Organisationsgrad der Einzelhändlerinnen und -händler gibt? Es reicht sicherlich nicht, wenn wir nur den Ku'damm

vergolden, sondern ich glaube, wir müssen dann schon sehen, wie wir dieses Modell ISG noch breiter in die Stadt bringen. Da ist eben die Frage: Was können wir für den freiwilligen Zusammenschluss von Gewerbetreibenden tatsächlich noch tun? Ich habe aus meiner Bezirkspolitik die Erfahrung, dass eine Geschäftsstraße immer im Vorteil ist, wenn es eine Organisation der Ladenbesitzerinnen und -besitzer gibt, das müsste sich eigentlich in allen Einkaufsstraßen herumgesprochen haben, es gab aber bei vielen noch Luft nach oben.

Eine Form könnte zum Beispiel auch diese Anschubfinanzierung sein. Ich kann mich an die Eröffnung des Zentrenpfels erinnern, wo wir in Neukölln in der Karl-Marx-Straße saßen. Da hieß es, der Senat prüft das. Prüft er das immer noch? Ist er da schon zu irgendwelchen Ergebnissen gekommen, oder wie lange soll die Prüfung noch dauern? Das hat auch etwas mit Geld zu tun, dann sicherlich auch mit den kommenden Haushaltsjahren. Da wäre ich für eine Auskunft des Senats sehr dankbar. Wenn es keine Anschubfinanzierung ist, könnte vielleicht auch der Senat sagen, was er tun will, um Geschäftsleute, Ladenbesitzerinnen und -besitzer an einen Tisch zu bringen.

Wir beraten hier auch den Gesetzentwurf. Dann müssen wir tatsächlich mal in das Gesetz hineingehen. Wie beurteilen Sie denn, vielleicht auch aus Bezirksperspektive, die Ermittlung der Abgabenhöhe? Ich will nicht sagen, es ist Raketenwissenschaft, aber ein bisschen kompliziert ist es ja doch mit den Grundstücksflächen, dem Geschossfaktor und wie das errechnet wird. Das bedeutet auch einen gewissen bürokratischen Aufwand. Da bin ich einerseits auf die Bewertung aus dem Bezirk gespannt, dann aber auch, welche Unterstützung der Bezirk vom Senat erhält. Da ist die Rede von der Verwaltungspauschale. Es ist die Frage, ob die dann die zusätzlichen administrativen Aufgaben deckt und dazu in einem nachvollziehbaren Verhältnis liegt.

Ich habe vorhin gesagt, es ist gut, wenn man bei so was die Zivilgesellschaft mit einbezieht. Es gab vor dem einen Koordinierungsausschuss, in dem nicht nur Gewerbetreibende, sondern auch Freiberuflerinnen und Freiberufler, Anwohnerinnen und Anwohner berücksichtigt werden sollten. Wie können die denn jetzt hier noch mitreden? Also wie wird die Zivilgesellschaft hier eingebunden?

Abschließende Frage: Können Sie uns noch erklären, warum das mit der Novelle so lange gedauert hat und warum es keinen direkten Anschluss gegeben hat? Denn für den bestehenden BID hat es einigen Aufwand bedeutet, die Sache runterzufahren und jetzt wieder neu aufzubauen. – So viel von mir erst mal! Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann als Nächster für Die Linke der Kollege Valgolio!

Damiano Valgolio (LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank an die Anzuhörenden! Ich glaube, das letzte Mal, als Herr Busch-Petersen hier bei uns im Ausschuss war, ging es um die Galeria-Karstadt-Kaufhof-Standorte, die auf der Kippe standen. Inzwischen ist es gelungen, einen dieser drei Standorte, nämlich den in Spandau, zu retten, auch unter großer Beteiligung und Hilfe der Senatsverwaltung. Staatssekretär Biel! Frau Senatorin! Sie haben sich da, glaube ich, gut eingemischt und auf den Vermieter eingewirkt, sodass der Standort in Spandau gerettet werden konnte, was, glaube ich, ein großer Beitrag dafür ist, zumindest in Spandau die Verödung der Innenstadt aufzuhalten. Da wir nicht immer mit allem zufrieden

sind, was Sie machen, will ich an dieser Stelle sagen, dass Sie das sehr gut gemacht haben. Das hat uns sehr gefreut, dass es in Spandau gelungen ist, den Standort zu retten. Das wollte ich in dieser Runde mal ansprechen, weil Herr Busch-Petersen wieder da ist und das das letzte Mal Thema war. Das war gut.

Jetzt komme ich zu den Dingen, mit denen wir nicht ganz zufrieden sind. Das kann ich Ihnen nicht ganz ersparen. Das ist natürlich das Thema der heutigen Anhörung, unter anderem die Immobilien- und Standortgemeinschaften und der BID. Wir als Linke haben, das wird Sie nicht überraschen, grundsätzliche Vorbehalte gegen solche Regelungen, auch wenn die Novelle zumindest die Vorbehalte des Bundesverfassungsgerichts, was die Abgabenerhebung angeht, ausräumen und relativ rechtssicher sein dürfte. Wir haben Vorbehalte, weil wir einmal von einem Instrument reden, das in der Praxis nicht die Bedeutung hat, die dem beizugeben hier versucht wird. Auch Herr Busch-Petersen hat gesagt, das kann man machen, sollte aber dieses Instrument nicht überhöhen. Das ist das eine.

Das Zweite ist: Wir haben weiterhin grundsätzlich Bedenken, ob es richtig ist, private Anlieger und Immobilieneigentümer in den Geschäftsstraßen in diesem Maße an der Gestaltung des öffentlichen Raumes privilegiert zu beteiligen. Es spricht überhaupt nichts dagegen, Anlieger über Sonderabgaben an der Gestaltung des öffentlichen Raums zu beteiligen. Das wird auch gemacht, wenn irgendein Bereich an die Kanalisation angeschlossen wird oder andere Maßnahmen wie Weihnachtsbeleuchtung gemacht werden. Das kann man gerne auf die Begünstigten umlegen. Aber besondere Instrumente und Einrichtungen zu schaffen, über die Immobilieneigentümer in einem bestimmten Bereich an den Bezirksverordnetenversammlungen und gewählten Volksvertretungen vorbei besonderen Einfluss auf die Gestaltung des öffentlichen Raums nehmen können, das halten wir grundsätzlich für falsch, abgesehen von der Frage, wie effektiv das ist.

Wir sind im Gegenteil grundsätzlich der Auffassung, dass, wenn etwas gegen die Verödung der Innenstädte getan werden soll, das nicht über stärkere Beteiligungsmöglichkeiten der privaten Immobilieneigentümer laufen kann, sondern über einen stärkeren Einfluss der öffentlichen Hand, gerade in den Geschäftsstraßen. Deswegen schlagen wir auch vor, dass wir versuchen sollten, bei den Grundstücken, die zum Verkauf stehen oder bei denen es möglich ist, sie in öffentliche Hand zu bekommen, zuzuschlagen, auch um die Kaufhausstandorte zu stärken, weil wir der Auffassung sind, dass die Verödung der Innenstädte ein grundsätzliches Problem ist, durch den Onlinehandel, durch verschiedene Entwicklungen, die wir haben. Da wird es nach unserer Auffassung nicht anders gehen als über massive öffentliche Investitionen, über hybride Geschäftsmodelle, über die Verbindung von Onlinehandel und stationärem Handel. Wir sind der Auffassung, das lehrt, glaube ich, auch die Erfahrung der letzten Jahre, dass die privaten Eigentümer nur begrenzt dazu in der Lage sind und dass es massiv öffentliche Investitionen und öffentliche Einflussnahme braucht. Das zur Gesetzesnovelle!

Ich will noch zwei Fragen an die Anzuhörenden und den Senat stellen. Frau Bauch! Sie hatten angesprochen, dass es bei der Vorbereitung der Erhebung dieser Abgaben immer noch Probleme gibt. Es ist so, wenn ich es richtig verstanden habe, dass sich Ihr Bezirksamt dankenswerterweise bereit erklärt hat, das für die gesamte Stadt zu machen. Trotzdem hatten Sie dargestellt, dass es da Probleme gibt, aber ich habe noch nicht ganz verstanden, wo es genau schleift. Sie hatten sagt, Sie setzen auf das Finanzamt Spandau und die Wirtschaftsverwaltung. Vielleicht können Sie noch mal genauer sagen, was da noch passieren muss und was

dafür spricht, dass das gelingt. Für mich klingt das nicht so hoffnungsvoll, was Sie gesagt haben, sondern eher, dass das wahrscheinlich nicht gelingen könnte, bis 2025 in der Lage zu sein, stadtweit die Abgaben einzutreiben, was ja blöd wäre, wenn dieses neue Modell funktionieren soll. Vielleicht können Sie das noch mal genauer sagen, was da noch passieren muss.

Die zweite Frage ist, vor allem an den Senat, zu der Anschubfinanzierung. Wenn ich das richtig verstanden habe, soll das ja so laufen, dass über ein Förderprogramm die sich neu bildenden Immobilien- und Standortgemeinschaften Anschubfinanzierung bekommen sollen, damit sie dann ihrerseits Geld einsammeln, das für die Gestaltung der Geschäftsstraßen verwendet werden kann. Da ist meine Frage, wie das Verhältnis zwischen Anschubfinanzierung und dem Beitrag der Anrainer sein soll. Also wie viel Geld geben wir denen, damit sie dann ihrerseits in die Geschäftsstraßen investieren? Wie macht das überhaupt Sinn, so viel Geld an Anschubfinanzierung hineinzustecken? Macht es nicht eher Sinn, dieses Geld direkt zu verwenden, um die Geschäftsstraßen in unserem Sinne zu gestalten? Also meine Frage an den Senat: In welchem Umfang ist da Anschubfinanzierung geplant? Also wie viel Geld soll dafür verwendet werden? Und mit welchem Aufkommen an Beiträgen rechnen Sie denn dann, das mit dieser Anschubfinanzierung generiert werden soll? – Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Als Nächster für die SPD-Fraktion Herr Kollege Dörstelmann!

Florian Dörstelmann (SPD): Danke, Herr Vorsitzender! – Vielen Dank auch an die Anzuhörenden! Das ist in der Tat eine Herausforderung. Wir haben auch wechselhafte Situationen. Ich fand das sehr interessant, Herr Busch-Petersen, was Sie eben sagten, Straßen, die kippen, werden auf diese Art und Weise nicht gerettet werden. Da würde ich gerne mal ansetzen. Bei mir im Wahlkreis, unter anderem Rüdesheimer Platz, haben wir eine relativ wechselhafte Entwicklung über die letzten zehn Jahre erlebt. Man kann sich das heute nicht mehr ohne Weiteres vorstellen, aber 2015 gab es dort unter den Einzelhändlerinnen und Einzelhändlern durchaus die Befürchtung, dass durch massiven Leerstand die ganzen Zeilen unattraktiv werden und sich der Umsatz rapide verschlechtern würde. Dann hat es wesentliche Bestrebungen gegeben, auch seitens des Bezirks, damals von Reinhard Naumann als Bezirksbürgermeister mit den restlichen Bezirksamtsmitgliedern, die sich da sehr engagiert haben, und es ist tatsächlich gelungen, die Stimmung da zu drehen, und zwar, bevor der Gesamtboom für diese Region einsetzte. Ich meine, viele, die den Rüdesheimer Platz heute kennen, werden wissen, dass man da nicht mehr ohne Weiteres was bezahlbar mieten kann. Das ist eine zeitlich komprimierte Entwicklung gewesen, die sich innerhalb von nur sechs Jahren abgespielt hat.

Wenn man das sieht und auf andere Bereiche überträgt, bei denen die Sache nicht so gut ausgeht, sondern andere Standorte nimmt, bei denen die Entwicklung dauerhaft abschüssig verläuft, glaube ich, dass man anlehnend an das, was Sie, Herr Busch-Petersen, eben gesagt haben, noch andere Instrumente braucht. Mich würde wirklich interessieren: Was ist denn aus Ihrer Sicht die wirksamste Maßnahme gegen einen zunehmenden Leerstand? Denn der ist ja wie ein weiterfressender Schaden. Wo Leerstand ist, kommt Leerstand dazu, weil die Zeile insgesamt unattraktiv wird. Welche Maßnahmen müssen wir da ergreifen, um eine solche Entwicklung, die sich im schlechtesten Falle dynamisiert, zu verhindern? Herr Kollege Valgolio hat eben gesagt, na ja, der Ankauf wäre ja eine Möglichkeit. Davon bin ich, muss ich an der Stelle mal deutlich sagen, nicht so überzeugt.

Mir gefällt aber auch nicht, dass Private aus Gründen, die letztlich zum Teil spekulativ sind, Leerstand zulassen und darauf setzen, das schon durchzuhalten, teilweise dann auch in der Zeit das Leerstands durchaus die Kosten absetzen zu können, was den Druck mindert, aber dabei auch in Kauf nehmen, dass sich möglicherweise attraktive Lagen verschlechtern. Ich glaube, das ist ein Punkt, an den wir heran müssen.

Das Zweite wäre dann noch zum Onlinehandel: Das ist eben auch angesprochen worden und macht mir einige Sorge. Der Onlinehandel ist nun letztlich ein Geschäftsmodell, das die Innenstädte der großen Städte betrifft, bei dem darauf gesetzt wird, dass man einfach ein Fahrzeug auf die Straße stellt und dann mal ausliefert. Dafür sind die Straßen so nicht geplant worden. Das muss man mal deutlich sagen. Also was kann man da tun? Die andere Seite ist: Ich weiß natürlich, dass auch jenseits der Frage, was große Lieferanten bringen – – Also ein Päckchen Bleistifte können Sie heute bestellen und sich online liefern lassen, das kann aber nicht unser Ziel für den Einzelhandel und den Großhandel sein. Das ist nicht erstrebenswert. Insbesondere die Einzelhändlerinnen und -händler müssen natürlich ihre Läden entsprechend versorgen können. Dazu würde ich gerne noch hören, was da eine sinnvolle Maßnahme wäre und wie man das vom Verkehr verträglich, wirtschaftlich sinnvoll und attraktiv für die Innenstädte gestalten kann. – Dabei will ich es erst mal belassen. Wir haben ja sicherlich noch mehr Zeit und Gelegenheit, darüber zu sprechen.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann für die CDU-Fraktion der Kollege Dietmann!

Michael Dietmann (CDU): Vielen herzlichen Dank! – Ich würde auch gerne ein paar Gedanken teilen, vielleicht weniger Fragen. Ich bedanke mich erst mal für den Hinweis auf den Kollegen Tromp und die Initiative. Ich kann mich erinnern, dass wir in diesem Ausschuss schon sehr oft darüber geredet haben, und würde deswegen die Einordnung mal so vornehmen wollen, dass das sicherlich nicht alle Probleme löst und absterbende Geschäftsstraßen rettet, aber wir diskutieren das schon seit ziemlich langer Zeit, und als wir das das erste Mal diskutiert haben und die BIDs helfen sollten, mehr dieser gesunden Geschäftsstraßen am Leben zu erhalten, indem man sich selber organisiert und sich mit allen Beteiligten vor Ort einbringt, wäre der Mechanismus noch einfacher gewesen als zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Jetzt reden wir über eine Novellierung. Ich will bloß rückblickend sagen, das war, glaube ich, eine gute Idee, die an vielen Standorten mehr hätte funktionieren können, aber vielleicht hat das einfach zu lange gedauert, bis wir dieses Instrumentarium zur Verfügung hatten.

Die beiden Anzuhörenden haben – und der Vertreter der IHK hätte wahrscheinlich das Gleiche gesagt, die Senatorin hat das gleiche Fazit gezogen – zumindest gesagt, dass die Idee des BIDs erst mal gut ist. Es waren auch nicht so viele, dass man sagen könnte, das würde die Berliner Einkaufsstraßen retten. Das teile ich ausdrücklich. Aber die Diskussion hat auch noch mal, zumindest bei dem Wortbeitrag der Linken, klargemacht, dass wir schon eine sehr unterschiedliche Auffassung davon haben, wie man da vorgehen soll. Wie Sie das rausgearbeitet haben, dieses ganze Privates-Engagement-Gedöns finden wir falsch, das müsste alles in staatliche Hand, es hat nur noch gefehlt, dass Sie sagen, eigentlich müssten wir das alles irgendwie verstaatlichen, um dann den öffentlichen Raum zu entwickeln, das ist ausdrücklich nicht die Position der Union. Ich glaube auch nicht, dass das funktionieren würde, und in unserer heutigen Finanzlage schon gleich gar nicht. Also dass sich Menschen mit einbringen und für ihren unmittelbaren Bereich einsetzen, möglicherweise dadurch auch einen Vorteil haben,

weil sich Dinge im unmittelbaren Umfeld positiv entwickeln, halten wir grundsätzlich nicht für falsch und nicht für verwerflich, sondern ganz im Gegenteil, das ist ein zusätzlicher Anreiz, warum Menschen darüber nachdenken sollten, sich vielleicht in BIDs zu engagieren.

Mich würde interessieren – wir reden im Moment ja über die zwei, die wir eben schon angesprochen haben, und haben auch herausgearbeitet, Herr Busch-Petersen hat das ja gesagt, dass das sicherlich nicht die Lösung für alle Berliner Einkaufsstraßen sein kann –: Aber gibt es denn die Chance und hören Sie das auch in den Diskussionen, die Sie erleben, gibt es da mehr als die zwei, die wir im Moment schon kennen, für die das infrage kommt? Gibt es Diskussionen, die tatsächlich dazu führen würden, dass mehrere das Instrumentarium aussuchen und für sich nutzen wollen, oder müsste es noch eine Nachbesserung an unterschiedlichen Stellen geben, damit mehr darüber nachdenken? Was wären diese Nachbesserungen, wenn man darüber dann zu dem Ergebnis kommen würde, dass man eigentlich keinen zusätzlichen Impuls mit der Novelle hier initiieren würde? Also wie kriegen wir das ein bisschen mehr in die Breite? Würden Sie dafür Ansatzpunkte sehen?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann hat der fraktionslose Kollege Dr. King das Wort.

Dr. Alexander King (fraktionslos): Danke! – Die zuletzt gestellte Frage wollte ich eigentlich auch stellen, wie es über die zwei bestehenden BIDs hinausgeht, ob es da irgendwelche Pläne gibt, weitere BIDs zu initiieren. In dem Zusammenhang würde ich Sie einfach bitten, weil das so ein bisschen in der Diskussion herauskam, irgendwie ist nicht so ganz klar – Sie hatten gesagt, dass das für Einkaufsstraßen, die schon ziemlich auf der abschüssigen Planke sind, nicht geeignet ist. Aber woran würden Sie als Bezirksbürgermeisterin und auch aus Sicht des Handelsverbands den konkreten Nutzen festmachen? Also was war jetzt genau der Mehrwert am Ku’damm und Tauentzien? Wie kann man das beschreiben, damit man sich ein besseres Bild davon machen kann, ob es eine sinnvolle Maßnahme ist oder nicht?

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Kollege! – Dann für die AfD-Fraktion Herr Kollege Hansel!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Ich habe nur eine kurze Frage sowohl an Sie als auch an den Senat: Können Sie heute ausschließen, dass es eine Weihnachtsbeleuchtung in den wesentlichen Einkaufszentren in Berlin gibt, die wir brauchen? Wir wissen, es kommen noch Touristen in die Stadt. Wir wissen auch, wir vertreiben sie durch City-Tax und andere Möglichkeiten. Werden wir es schaffen, dass es die Beleuchtung zumindest am Ku’damm gibt, und können Sie das heute garantieren? Egal, wie Sie es machen!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Gibt es noch weitere Wortmeldungen aus dem Ausschuss? – Dann frage ich die Senatorin, ob sie zuerst antworten will. – Erst die Anzuhörenden, gut! Wir haben gerade erfahren, dass Herr Margraf offenbar vorläufig nicht aus der S-Bahn herauskommt und nicht mehr in den Ausschuss kommen wird. Das macht dann auch keinen Sinn mehr. Er wird uns eine schriftliche Stellungnahme der IHK zusenden. Ich bitte da um Verständnis, das ist eben leider höhere Gewalt. – Dann haben Sie, Frau Bauch, das Wort, bitte sehr!

Bezirksbürgermeisterin Kirstin Bauch (BA Charlottenburg-Wilmersdorf): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Ich glaube, wir beantworten die Fragen so ein bisschen als Team, weil die uns beide auf unterschiedliche Art und Weise betrafen. Vielleicht mal vorweg: Wir waren natürlich auch in Hamburg und haben uns das angeguckt. Nur mal als Beispiel, in Hamburg wird dieses Instrument schon sehr lange genutzt. Wir reden da über 98 Millionen, die bei 40 Projekten umgesetzt werden. Es sind auch bauende BIDs. Ich will nur sagen, dahinter steht ein Senat, der das seit längerer Zeit macht, und man sieht, dass es erfolgreich sein kann, wenn man wirklich die Kräfte bündelt und das machen möchte. Herr Busch-Petersen hat es schon erwähnt, in anderen Teilen der Welt ist das teilweise die einzige Möglichkeit, um die Innenstadtlagen überhaupt aufzuwerten.

Vorweg vielleicht: Der Schlüssel ist immer das Netzwerk vor Ort, bei jeder Geschäftsstraßeninitiative und bei jedem BID. Wenn Sie da nicht aktive Gewerbetreibende haben, die sich zusammentun und sagen, wir wollen unsere Straße besser machen, was auch immer dieses „besser“ in der Definition ist, darüber kann man selbstverständlich streiten, aber wenn es diese Motivation nicht gibt, dann können Sie sich Instrumente ausdenken, wie Sie wollen, dann werden sie niemals irgendeinen Kiez oder eine Geschäftsstraße retten. Deswegen, und darauf wollte Herr Busch-Petersen, glaube ich, hinaus, das wird er gleich alles selber noch sagen, gibt es natürlich verschiedene Instrumente und der BID ist eben eines.

Jetzt ist es so, ich erkläre das vielleicht mal ganz kurz vorher, weil wir das Thema Anschubfinanzierung hatten, bevor ich auf die Frage nach dem Personal und was wir da eigentlich als Bezirk machen müssen und die Abgabenerhöhung zu sprechen komme. Sie müssen sich vorstellen, bevor man so einen BID ins Leben rufen kann, müssen sich die Leute vor Ort zusammentun und erst mal den gemeinsamen Willen haben, dass es einen Aufgabenträger geben soll, der dann diesen BID ins Leben ruft. Dafür muss man halt verschiedene Schritte machen, und die sind nun mal auch mit Geld verbunden. Sie brauchen einen Juristen, einen Planer, und das muss alles irgendwie bezahlt werden. Deswegen ist diese Anschubfinanzierung relevant, weil natürlich die Eigentümer am Ku'damm, darüber brauchen wir nicht lange zu sprechen, vielleicht eher das finanzielle Kapital haben, um diese Finanzierung vorzustrecken, als beispielsweise, ich nehme jetzt mal meinen eigenen Bezirk, die Geschäftsstraßeninitiative in der Reichstraße. Das geht aber gar nicht anders, denn es muss nun mal fachlich begleitet werden, ansonsten kommen sie überhaupt nicht so weit, dass sie einen BID machen könnten. Das ist sozusagen die erste Phase, weswegen man eine Anschubfinanzierung braucht.

Die zweite Phase ist dann die Vorfinanzierung während des ersten Jahres, denn sie wissen nicht genau, wann sie das Geld ausgezahlt bekommen. Es kann Klagen von einzelnen Eigentümern geben, die nicht mitmachen möchten, und dann verschiebt sich das Ganze. Sie wissen, da ist ein Prozess über fünf Jahre festgelegt; wenn da eine längere Klage ist, dann könnte es schwierig werden. Also wir reden da einfach über Geld, das nicht jede Geschäftsstraßeninitiative aufbringen kann. Deswegen glaube ich, dass diese Anschubfinanzierung von hoher Bedeutung ist, damit alle grundsätzlich theoretisch in der Lage sind, einen BID zu gründen.

Was die Abgabenerhebung angeht, ist das erst mal kein Hexenwerk. Wir haben, nachdem das mit der Grundsteuer gekippt war, lange auf Hamburg geguckt. Jetzt haben wir in Hamburg eine Besonderheit – oder wir haben eigentlich eine Besonderheit in Berlin, denn in Berlin haben wir viel Gewerbe und Wohnen zusammen. Das ist es auch, was diese polyzentrischen Kieze bei uns ausmacht. Das ist etwas Positives. Deswegen musste man sich das noch mal

genauer anschauen, wie man hier zur Abgabenerhebung kommt, weil wir eben ganz viel Wohnraum dazwischen haben. Das ist jetzt erst mal, sage ich mal, eine organisatorische Frage. Das ist machbar. Im Gesetz ist es so, dass wir als Bezirk zwei Stellen zugesagt bekommen haben, und zwar einmal eine E13- und einmal eine E11-Stelle. Das sind beides Stellen, die natürlich nicht nur diese organisatorische Abgabenerhebung machen, sondern die auch diesen gesamten Prozess begleiten müssen. Also sie haben dann auch mit Initiativen und verschiedenen Bezirken zu tun. Das ist schon ein hoher Arbeitsaufwand, unabhängig von der reinen Frage: Wie stelle ich einen Bescheid aus, wenn ich errechnet habe, wie hoch die Abgabe ist?

Es kam die Frage, warum ich da im Moment noch etwas zurückhaltend bin. Wir sind halt eine Verwaltung, das heißt, wir kriegen eine Zuweisung aufgrund der Kosten- und Leistungsrechnung. Wenn ich am Ende abbilden möchte, was die beiden Personen, die dann auf den Stellen bei mir arbeiten, erwirtschaften, dann brauche ich ein Produkt. Ein Produkt muss ich erst mal in einer Produktmentorengruppe ins Leben rufen. Das ist schon ein verwaltungsinterner Prozess, der davor noch laufen muss. Dann nannte ich diese zwei Jahre. Wir brauchen eine Baskorrekturzusage für 2025. Wenn wir irgendwann im nächsten Doppelhaushalt sind und ich es beispielsweise erst im März 2025 schaffe, die Stelle einzurichten, dann brauche ich für Januar bis März eine Sonderkalkulation, um zu wissen, dass wirklich das ganze Jahr zu 100 Prozent abgebildet ist. Das sind einfach nervige verwaltungsinterne Vorarbeiten, die man leisten muss, damit es am Ende wirklich gesichert funktioniert. Denn was wir alle nicht möchten, wir haben auch noch keine vorliegende BAK, ist, dass wir uns ganz viel Arbeit machen und dann am Ende feststellen, wir können das haushälterisch nicht abbilden.

Wie gesagt, es steht im Gesetz, wir sind uns alle einig, und es kommt auch nicht so oft vor, dass sich verschiedene Senatsverwaltungen, ein Bezirk und alle anderen Bezirke einig sind, dass sie das möchten. Insofern schaue ich darauf sehr positiv, dass wir das hinbekommen, es ist halt nur ein Organisationsprozess, der noch im Hintergrund läuft.

Mehr BIDs, war die Frage. – Klar! In meinem Bezirk weiß ich von der Wilmersdorfer Straße, dass die ein Interesse daran hätte, das Instrument zu nutzen. Ich weiß es auch aus anderen Bezirken, darüber möchte ich aber ungern reden, weil ich das nicht so verlässlich tun kann. Zum Thema „Verlässlich“: Verlässlich war ich seit einem Jahr, indem ich ganz klar gesagt habe, dass ich die regionalisierte Aufgabe für dieses Gesetz übernehme. Das habe ich unter anderem getan, um verlässlich für Weihnachtsbeleuchtung am Kurfürstendamm zu sorgen. Wir führen intern Gespräche, unabhängig vom BID, denn den kriegen wir jetzt in der Geschwindigkeit nicht mehr hin, aber ich kann Ihnen zum jetzigen Zeitpunkt nicht sagen, dass es eine Beleuchtung am Ku’damm gibt. Sie haben es in der Zeitung gelesen, Sie haben die AG City gehört, es fehlt das Geld. Ich habe noch ein paar Ideen, wie man den einen oder anderen im Hintergrund noch ansprechen kann, ob Hoffnung bestünde, vielleicht doch Spendenbereitschaft zu zeigen, aber dass ich jetzt ein bezirkliches Instrument hätte, um das zu sichern, da muss ich ganz klar Nein sagen. – Damit habe ich, glaube ich, alles so weit erwähnt.

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Frau Bauch! – Dann Herr Busch-Petersen!

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg): Vielleicht ein bisschen chronologisch im Einzelnen auf die Fragen einzelner Abgeordneter eingehend: Nein, Herr Wapler, ich sehe keine Gefahr zulasten der schwächeren Straßen. Also es ist kein Instrument, diese Prozesse des sich Auseinanderdividierens im Rahmen einer generellen Transformation in die-

ser polyzentrischen Stadt zu beschleunigen. Weil sich mehrere darauf bezogen haben, ich hätte gesagt, das rettet nicht allein, will ich nur sagen, wir haben uns seit Jahrzehnten dafür eingesetzt, es wäre ein aus unserer Sicht erkämpfwertes, wertvolles Instrument, aber in einem Instrumentenkasten mehrerer Maßnahmen, um die Innenstadtlagen Berlins zu stärken. Es ist aus unserer Sicht auch ein unverzichtbares Instrument, weil gerade unsere nicht so weit entfernte, wenn auch immerhin schwer erreichbare Nachbarstadt Hamburg zeigt, was geht und dass es sehr gut geht. Insoweit setzen wir uns deshalb auch dafür ein. Ich kann mich Ihrer Bewertung übrigens nur anschließen, ich fand auch sehr gut, dass ein Bezirk dann mal gleich von sich aus gesagt hat, wir machen das, denn die Suche nach einem sonstigen kann ja alle Prozesse verhindern und verlängern.

Herr Valgolio! Bei Ihren Hinweisen zur Privilegierung von Anliegern muss man vielleicht andersherum fragen: Wie gerecht ist es denn, wenn wir zum Schluss wieder anfangen, Weihnachtsbeleuchtung mit Steuermitteln zu finanzieren und damit die Häuser der Anlieger, die sich nicht beteiligen wollen, zu beleuchten? Das ist auch nicht sozial. – [Zuruf] – Nein, nein, ich will noch mal sagen, ich finde das Instrument gerade sehr gut, sehe da gar keinen Widerspruch und will nur darauf hinweisen, das Instrument ist deshalb gut, weil es die Immobilieneigentümer in die Pflicht nimmt. Viele Arbeitsgemeinschaften, viele Straßen kommen deshalb organisatorisch nicht aus der Hüfte, weil sich die Eigentümer überhaupt nicht darum kümmern und nur die Mieter untereinander herumhampeln und sich zu organisieren versuchen. Das Instrument, die Eigentümer mit zur Kasse zu bitten, wenn sich ein ausreichender Anteil von Ihnen dazu bereit erklärt hat, auch die, die sonst immer nur auf dem Trittbrett saßen, halte ich gerade auch im Sinne der Stadtgesellschaft für sehr vernünftig. Wir sehen in Hamburg, dass das nicht ausartet, sondern dass das wirklich sinnvolle Maßnahmen sind, über die sich hinterher eigentlich alle freuen, langfristig natürlich vor allem die, die was davon haben, aber sie müssen dafür auch etwas geben.

Dann kam noch ein Hinweis von Herrn Dörstelmann zu den kippenden Straßen. Dazu habe ich mich eben schon geäußert. Was sonst noch wirksame Maßnahmen gegen Leerstand sind, das wäre ja ein Hearing für sich. Ich will nur ein paar Punkte nennen, und das fängt, daran wird sich nicht jeder gerne erinnern, bei einem Politiker aus Ihrer Partei an. Ich bin vor über 20 Jahren mit einem Bezirksbürgermeister aus Neukölln durch den Ritterkiez gelaufen, bevor der seinen großen Aufschwung nahm, und wir haben uns dort mit der Leerstandsproblematik auseinandergesetzt. Die gab es damals. Wir waren in einem Punkt einig, und dann haben wir auch viel dafür getan, mit den Eigentümern zu reden, das Allerwichtigste ist, dass es gar nicht erst zu Leerstand kommt, das heißt, Zwischennutzungen spielen eine große Rolle, und die muss man dann noch mit den Vermietern so regeln, dass man mal sagt, pass auf, wenn hier erst mal die ganzen Schaufenster abgeklebt und die ersten eingeschmissen sind, dann geht die Spirale eines ganzen Kiezes unweigerlich nach unten. Das hat man damals gemacht. Das halte ich immer noch für eine interessante Lösung. Ist nicht neu erfunden worden, aber umgesetzt. Man hat eben solche Läden temporär Künstlern als Ateliers zur Verfügung gestellt. Sie hatten nur die Pflicht, am Wochenende da zu sein und offenzuhalten für Leute, die Kontakt zur Kunst suchen.

Solche und ähnliche Modelle muss man nicht neu erfinden, gibt es im ganzen Bundesgebiet, in ganz Europa. Also wir müssen immer versuchen, auch durch sinnvolle Zwischennutzungen, bei denen es nicht um Gewinnerzielung geht, sondern vielleicht nur die Nebenkosten, zu verhindern, dass sich der Eindruck verfestigt, da ist nichts mehr los. Es gibt übrigens auch

Städte und Gemeinden in Deutschland, wie ich unlängst erfahren habe, in denen es zum Beispiel verboten ist, Schaufenster abzukleben, damit sich der Vermieter nicht dahinter verbergen kann, dass er da eine schöne neue Welt hinklebt und jahrelang gar nichts passiert. Auch interessant! Es ist auch ein Sicherheitsaspekt, darüber kann man zumindest mal nachdenken.

Dann gibt es auch Ansätze, da muss ich eines erwähnen, weil das Wort noch gar nicht gefallen ist, ich wollte es natürlich der Senatorin überlassen. Wir hatten ja nun vor Kurzem den Zentrengipfel, über den wir lange geredet haben und den wir lange gefordert hatten. Der Zentrengipfel, der sich exemplarisch mit zwölf von den Bezirken benannten Lagen befasst, ist auch der Ort, wo man einerseits einzelne Lagen analysiert, aber sicherlich auch im Verlauf der jetzt laufenden Fokusgespräche mit den Bezirken Wissen sammelt, vernetzt und vielleicht dann eine interessante Idee aus Spandau nach Lichtenberg transferieren kann. Der Zentrengipfel, Sie waren dabei, auch weitere Abgeordnete, das fand ich ganz toll, dass so viele Abgeordnete dabei waren, war ein guter Einstieg. Für diesen Prozess interessieren sich andere Großstädte. Wenn der jetzt weiter gut geführt wird, sehe ich darin ganz wichtige Ansätze, gemeinsam Ideen und Konzepte zu entwickeln und vielleicht auch manchen unnützen Versuch gar nicht erst zu unternehmen, wenn es um die Bekämpfung des Leerstands geht.

Ganz wichtig, das hat Frau Bauch schon gesagt: Gemeinsinn stiften! Wir haben in dieser Stadt bestimmt 50, 60 Straßenarbeitsgemeinschaften. Jetzt werden mir einige nicht so dankbar sein, aber ich sage, es funktionieren eigentlich ein bis zwei. Da müssen wir, da muss auch die Wirtschaft noch stärker Einfluss nehmen. Viele dümpeln wirklich nur herum, streiten sich katastrophal, nicht nur wegen der einen Weihnachtsbeleuchtung, es gibt ja noch viele andere. Da gibt es einige Gegenden, die sich gleich zwei parallele gönnen. Da kommt man im Regelfall auch nicht weiter. Das ist eine Sache, wo wir auch stärker argumentativ über unsere Mitglieder wirken müssen. Das können sie gar nicht alleine schaffen, aber ich sehe das auch selbstkritisch. Also es funktioniert an vielen Orten diese Kooperation nicht ausreichend.

Dann haben Sie mir natürlich den Ball ins Feld geschossen, Herr Abgeordneter, mit dem Thema online versus stationär. Dazu würde ich gern beim nächsten Tagesordnungspunkt etwas mehr sagen. Was sich in den letzten Monaten an Transformationsprozessen und Revolution im Onlinehandel vollzogen hat, da sage ich Ihnen gleich, vergessen Sie Amazon und Zalando, reden wir mal über andere! Das würde ich nachher gerne anbieten. Das fordert uns in einer ganz anderen Art und Weise heraus, wenn wir über die Zukunft des stationären Handels reden, die gesamte Drittländerplattformproblematik ist in meinen Augen überhaupt noch nicht politisch da angekommen, wohin sie gehört. Was uns von dort aufrollt, lässt die alten Debatten wirklich verblassen.

Herr Dietmann! Die Frage war: Gibt es Chancen für mehr? – Absolut, auch wir haben Hinweise, dass bestimmte Arbeits- oder Anliegergemeinschaften durchaus ein Interesse hätten. Wir hatten jetzt auch einen Aussetzer sozusagen durch die Rechtsunsicherheit. Die muss jetzt hergestellt werden. Ich bin davon überzeugt, dass wir dann auch Chancen für mehr BIDs haben. Das beantwortet auch die Frage von Herrn Dr. King. Ich finde schon, der Mehrwert am Ku'damm/Tauentzien lässt sich optisch erfahren durch die Gestaltung des Mittelstreifens et cetera, aber ein großer Mehrwert, der im BID entstanden ist, ist für mich auch eine ganz andere Form der Gemeinschaft. Selbst in der AG City, und das ist ja noch die besonders gut funktionierende AG, haben sich viele Strukturen und Unterstrukturen gebildet, die im direkten Zusammenhang mit der BID-Arbeit standen und, glaube ich, dazu beigetragen haben, dass die

später sogar mal ohne einen BID weitermachen können. Wissen Sie, der Times Square war in New York auch ein früher BID. Heute gibt es da keinen BID mehr, aber die Leute haben gesagt, wir machen das alleine weiter, wir geben alle gemeinsam Geld in die Qualifizierung dieser Einkaufslage.

Die Frage war nicht an mich gerichtet, Herr Hansel, aber mit der Weihnachtsbeleuchtung ist das auch für uns immer wieder eine schwierige Geschichte, die innerhalb der Mitgliedschaft nicht unbestritten ist. Ich bleibe trotzdem bei meiner sozialdarwinistischen Aussage, auch wenn ich hier wenig Unterstützung kriege, aber das muss ich Ihnen sagen: Das muss normalerweise eine Straße selber schaffen. Dazu stehen wir auch als Handelsverband. Das ist unsere Position. Die ist nicht mehr sehr populär. Aber wer sozusagen in der Weihnachtszeit, in der wir teilweise 30 bis 40 Prozent unserer Umsätze und Erträge erzielen – – Dann müssen wir uns gemeinsam am Riemen reißen. Dann muss es gelingen, es allein zu schaffen. Jedes Shoppingcenter stellt hier auch keinen Antrag und schmückt sich trotzdem. Da sage ich sogar ganz grob, notfalls Mut zur Lücke.

Gleichzeitig, will ich aber sagen, finde ich das so wichtig, dass wir im vorigen und vorvorigen Jahr entschieden haben – – Und wir leben auch nicht mit irgendwelchen lockeren Budgets. Wir haben das als Handelsverband jedes Mal gut vierstellig am Ku'damm/Tauentzien unterstützt, mit dem Risiko, dass 70 weitere Straßen kommen und sagen: Sag mal, und was kriegen wir? – Wir haben gesagt: Die ist von überragender Bedeutung. – Aber Sie müssen einfach wissen, von Flensburg bis Berchtesgaden und vom Saarland bis ans Oderhochwasser ist es maximal eine Sache, wo sich vielleicht die Kommune ein bisschen miteinbringt, aber dass ein Bundesland Steuermittel dafür ausgibt, das gibt es nicht. Ich würde angesichts dessen, was ich immer von Herrn Evers höre, sagen: Wir sollten damit nicht anfangen. Woher soll das Geld kommen? – Deshalb müssen wir helfen, und deshalb ist eben so ein BID ein Ansatz, dass die Anlieger es selber schaffen, aber sie müssen es selber schaffen. Ist jetzt vielleicht nicht so nett, aber ich bin davon überzeugt. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Busch-Petersen! – Dann, Frau Giffey, haben Sie das Wort für den Senat.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Ich will noch zu allem, was gesagt wurde, ein Stück weit ergänzen. Herr Wapler hatte gefragt: Was hat jetzt so lange gedauert? Was ist geschehen, bis wir an diesen Punkt gekommen sind? – Ich möchte einmal ganz kurz zurückgehen. Wir hatten den Start dieses Novellierungsprozesses in der Tat schon 2022 in der vorherigen Landesregierung, und es gab diverse Klärungspunkte, die offen waren, und eine Beteiligung der Finanzverwaltung, der Wirtschaftsverwaltung, aber auch der Bezirksämter Charlottenburg-Wilmersdorf und Tempelhof-Schöneberg. Wir haben zum Jahresbeginn 2023 und dann auch über den Regierungswechsel hinaus die Rechtsanwaltskanzlei Graf von Westphalen aus Hamburg beauftragt, die Novellierung rechtlich zu begleiten. Das ist auch geschehen. Wir haben dann Ende November letzten Jahres, und das war unter Federführung der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, die Gesetzessynopse mit den entsprechenden Änderungsvorschlägen vorgestellt. Das ist durch die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung erfolgt. Dann kam ja das Beteiligungsverfahren letztendlich auch dazu.

Zum Hintergrund, warum es überhaupt eine solche Gesetzesnovelle geben musste: Es ging ja um die Veränderung des Abgabenmaßstabs mit der Berechnung anhand des Geschossfaktors.

Das ist ja unser Auslöser dafür. Für uns war natürlich im Prozess auch ganz wichtig zu klären, und Nils Busch-Petersen hat das schon gewürdigt, dass es eine Abgabenerhebungsstelle braucht, die für alle ISGs da ist. Dass sich das Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf dazu bereit erklärt hat, ist auch aus unserer Sicht sehr positiv und nicht selbstverständlich. Wir haben auch im Rat der Bürgermeister sehr klar adressiert, dass wir es sehr positiv finden, dass sich der Bezirk, der auch sehr viel Erfahrung damit hat, bereit erklärt hat, diese zentrale Abgabenerhebungsstellenfunktion für alle Bezirke zu machen. Das ist sozusagen auch ein ganz wichtiger Aspekt, um dann, wenn das Gesetz verabschiedet ist, sehr schnell in die Umsetzung zu starten.

Darüber hinaus geht es darum, dass wir jetzt auch digitale Verfahren machen, dass wir entsprechend ein Projektmanagement und einen begleitenden Koordinierungsausschuss etablieren. All das ist vorbereitet, sodass sowohl die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als auch wir als Wirtschaftsverwaltung, das Bezirksamt und die IHK da gut einbezogen sind und eben auch Vertretungen der Abgabepflichtigen den weiteren Prozess begleiten. Insofern war das jetzt ein Zeitraum, der länger war, aber er ist natürlich auch verbunden mit dem Regierungswechsel, den Vorklärunen und den Beteiligungsverfahren, die wir hatten, und auch der Frage, wie wir das organisatorisch und technisch umsetzen. Das ist jetzt alles geklärt. Wir können jetzt in die Gesetzgebung gehen, und das ist auch ein guter Ausgangspunkt.

Ich würde gerne noch zu Herrn Valgolio sagen: Wir freuen uns natürlich, wenn Sie auch unterstützen, dass der Fortbestand der Warenhäuser in Bezug auf Spandau positiv gewertet wird. Das war sehr viel Arbeit dahinzukommen, und wir sind sehr froh, dass das gelungen ist. Zu Ihrer Sicht, dass man doch eher auf die Beteiligung von privaten Akteuren und Eigentümern verzichten sollte, wenn es um die Stadtgestaltung geht oder die Frage, wie sie sich daran beteiligen können, dass ein Stadtbild positiver aussieht, also da, muss ich sagen, habe ich auch eine andere Auffassung. Ich finde, jedes Mal, wenn ich am Ku'damm die Bepflanzung sehe, die da erfolgt ist – ich weiß nicht, welches bezirkliche Grünflächenamt das in der Form hätte gestalten wollen. Das ist ein Mehrwert, dass wir dieses Engagement der AG City in der Geschäftsstraße haben. Ich glaube, dass wir beides tun müssen. Wir brauchen gut ausgestattete Straßen- und Grünflächenämter, die ihre Arbeit machen, aber wir sollten nicht darauf verzichten, dass auch Anrainer und Gewerbetreibende in Geschäftsstraßen ihren Beitrag dazu leisten, dass diese Straßen und Zentren attraktiver werden. Genau das tun wir ja auch mit der Gesetzgebung, die wir hier voranbringen.

Ich möchte auch noch auf Ihren Punkt der Anschubfinanzierung eingehen und sehr klar sagen, dass das Thema Anschubfinanzierung in diesem Gesetz nicht erwähnt ist. Das ist richtig. Aber das hat einen ganz klaren rechtlichen Grund, denn das Gesetz bezieht sich auf bestehende Standortgemeinschaften, und bestehende Standortgemeinschaften können keine Anschubfinanzierung bekommen. Dennoch haben wir mit allen Beteiligten vereinbart, dass wir ein hohes Interesse daran haben, dass es eine Anschubfinanzierung gibt und dass die Wirtschaftsverwaltung dort auch ihren Beitrag leistet. Das ist vereinbart. Es ist aber eben deshalb nicht als Bestandteil des Gesetzes vorgesehen, da der bundesgesetzliche Rahmen, nach dem wir uns richten müssen, das ist § 171f des Baugesetzbuches, definiert, dass ISG-Maßnahmen durch die Begünstigten, also die Abgabepflichtigen, zu finanzieren sind.

Das heißt, wir können uns mit dem BIG lediglich auf bereits auf bestehende und gegründete ISGs beziehen, aber eben nicht auf die, die noch in Gründung sind. Diese Initiativphase ist aber eine, die wir mit dem Thema Anschubfinanzierung anschieben können, auch wenn das im Gesetz nicht definiert ist. Wir sind im Moment noch in Abstimmungen dazu, aber für uns wären sozusagen die Initiativphase, die Vorbereitungsphase und auch die Umsetzung erster Maßnahmen ein Punkt, den wir mit einer Anschubfinanzierung adressieren können.

Was wir im Moment gerade diskutieren, sind zwei Dinge dazu, einmal das Programm Wirtschaftsdienliche Maßnahmen. Das kennen Sie, das ist eines der ältesten Programme, die wir im Rahmen der EFRE-Umsetzung seit vielen Jahren in Berlin machen. Da ist durchaus vorstellbar, und das ist auch schon ziemlich gut abgeklärt, dass wir entsprechend die Unterstützung der Entwicklung eines Gebietes, also wenn sich eine Händler- oder Anrainergemeinschaft bildet und beginnt, dass wir uns das sehr wohl aus dem Programm Wirtschaftsdienliche Maßnahmen vorstellen können. Da kann man auch ganz konkret sagen, in welcher Größenordnung sich das bewegt. Die wirtschaftsdienlichen Maßnahmen sind Projekte, die grundsätzlich auf ein Budget von 500 000 Euro begrenzt sind. Das können natürlich auch kleinere Projekte sein. Wir haben hier immer eine Kofinanzierungssystematik, also ein Teil, nämlich 40 Prozent, kommt aus dem EFRE beziehungsweise aus dem Land. Das ist eine Bund-Land-Finanzierung, Europäischer Fonds für regionale Entwicklung. Und 60 Prozent Kofinanzierung kommen vom Bezirk. Im Rahmen der wirtschaftsdienlichen Maßnahmen der Wirtschaftsförderungen der Bezirke wird eine Reihe von WdMs umgesetzt. Das wäre also ein konkreter Punkt, mit dem wir diese erste Initiativphase unterstützen können.

Dann sind wir mit unserer IBB, mit der Investitionsbank Berlin, im Gespräch zum Thema Wachstumsprogramm für die konkrete Vorbereitung einer solchen Standortgemeinschaft und dann aber auch für die Umsetzung erster konkreter Maßnahmen. Dieses Wachstumsprogramm könnte in Form von Darlehen funktionieren, eben neben den banküblichen Sicherheiten, dass man sozusagen auf Antrag eines privaten Unternehmens, das sagt, wir wollen das gerne machen, wir machen das mit einem Darlehensprogramm – – dass das darüber funktionieren kann. Da sind wir noch nicht am Ende, aber diese beiden Punkte WdM ganz am Anfang und später eben über die IBB mit dem Wachstumsprogramm zu agieren, das können konkrete Punkte für eine Anschubfinanzierung sein. Wie gesagt, die Abstimmung dazu läuft, aber wir haben auf jeden Fall eine Antwort für das Thema Anschub.

Vielleicht noch zur Frage der generellen Unterstützung der Zentren in der Stadt. Sie wissen, wir haben 80 Zentren, von denen wir sprechen, die theoretisch infrage kommen könnten. Es werden nicht alle sofort diese Möglichkeit einer ISG nutzen, aber wir haben jetzt mit den Bezirken nach dem Zentren Gipfel einen Prozess angeschoben. Herr Busch-Petersen hat das schon erwähnt. Der Zentren Gipfel diente als Auftakt, um mit jedem einzelnen Bezirk in Standortgespräche zu gehen und sich auf Fokuszentren zu verständigen. Wir haben zwölf, also in jedem Bezirk ein Fokuszentrum, aber ansonsten auch Gespräche, was wir mit den anderen Zentren machen. Diese Fokusgespräche, die jetzt auch stattfinden, macht Michael Biel. Vielleicht kann er dazu gleich noch was ergänzen. Das wird sehr positiv aufgenommen.

Wir sprechen mit den Bezirken darüber, welche Möglichkeiten es geben kann, wenn das Gesetz durch ist, dort entsprechend neue ISGs auf den Weg zu bringen. Sie haben gefragt: Welche sind denn das, und stehen die schon in Rede und so? – Ja, es gibt mehrere, für die das infrage kommt, wir haben aber verständigt, dass, solange das noch nicht in trockenen Tüchern

ist, Stillschweigen bewahrt wird, also dass wir heute noch nicht konkrete Standortgemeinschaften benennen, sondern wir begleiten und betreuen die, und wenn die spruchreif sind, dann können wir die auch hier öffentlich bekanntgeben.

Zum Thema City-Tax: Ich glaube, die AfD hatte das angesprochen, die City-Tax wäre so hinderlich für Menschen, die hierher kommen. Also ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen, ich kann das nicht erkennen. Wir haben keinen Rückgang unserer Gewerbesteuer, seit die City-Tax auch für geschäftlich Reisende erhoben wird, sondern im Gegenteil, wir haben eine gute Auslastung und einen guten Besucherstrom. Ich will jetzt nicht noch einen Vortrag über die diversen Messeveranstaltungen halten, aber wir werden ja in dieser Woche die InnoTrans haben, die größte Messe, die je auf dem Berliner Messegelände stattgefunden hat, wo alles komplett ausgebucht ist. Wir haben so viele Geschäftsreisende in der Stadt. Die lassen sich nicht durch ein bisschen City-Tax auf der Dienstreiseabrechnung abschrecken, nach Berlin zu kommen. Also das muss ich an dieser Stelle ganz klar sagen.

Vielleicht ein letzter Punkt zum Thema Weihnachtsbeleuchtung: Es gab in der Tat im Senat bei der Verständigung über das Gesetz die ganz klare Maßgabe, dass eben das Thema Weihnachtsbeleuchtung künftig über das Gesetz zur Neuregelung der Immobilien- und Standortgemeinschaften geregelt werden soll. Herr Busch-Petersen hat dazu, glaube ich, schon sehr klar ausgeführt. Nach meinem letzten Gespräch ist es wohl so, dass der Finanzbedarf für die Weihnachtsbeleuchtung am Ku'damm bei 500 000 Euro liegt und dass bisher auch schon Spendeneinnahmen eingegangen sind. Die reichen allerdings noch nicht, aber es ist ja auch noch eine Weile hin. Ich glaube, es ist einfach wichtig, dass die handelnden Akteure sich bemühen, das selbst zustande zu bringen. Das ist unsere Haltung an dieser Stelle, auch vor dem Hintergrund der finanziellen Gesamtlage des Haushalts. – Vielleicht so viel! Vielen Dank!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank! – Ich habe noch mehrere Wortmeldungen und frage mal, ob Herr Staatssekretär Biel erst ergänzen soll. – Dann machen Sie das.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe): Vielen Dank, Herr Vorsitzender! – Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Ich mache es ganz kurz. In der Tat war am 3. Juni der Auftakt, und wir führen jetzt die Fokusgespräche, zwei pro Bezirk, durch. Die sind sehr gut vorbereitet. Jeder Bezirk hat vor dem Gespräch einen Fragebogen zugeschickt bekommen. Alle Bezirke sind sehr daran interessiert und auch fleißig, diesen auszufüllen. Da geht es um eine SWOT-Analyse: Wo sind Stärken und Schwächen? Wo sind konkrete Problemlagen? Wo müssen mehr Investitionen stattfinden? Wo gibt es Bremsklötze? – Und vieles andere mehr! Die ersten vier Gespräche mit Lichtenberg, Tempelhof-Schöneberg, Steglitz-Zehlendorf und Spandau haben stattgefunden. Herr Busch-Petersen sitzt auch öfter mit am Tisch. Und das sind sehr konkrete Gespräche, also es ist nicht aus dem Bauch heraus, wir reden mal miteinander, sondern es wird alles auf den Tisch gelegt, wo man miteinander Lösungen finden muss. Wir helfen dabei, die richtigen Ansprechstrukturen mit an den Tisch zu holen, damit sich alle in die Augen gucken, die an diesen Lösungen arbeiten müssen.

Im Frühjahr nächsten Jahres wird es das zweite Gespräch pro Bezirk geben, damit im Mai/Juni 2025 der zweite Zentren Gipfel stattfinden kann, um auch Ergebnisse zu liefern. Wir sind uns ziemlich sicher, weil einige Problemlagen dann doch immer die gleichen sind, dass wir aus den Einzelgesprächen tatsächlich dann auch Blaupausen für die von der Senatorin gerade angesprochenen 80 Zentren in Gänze als strategische Herangehensweise aufschreiben

können. Am Anfang war das so ein bisschen, sage ich mal persönlich, die Wette auf die Zukunft: Kriegt man das hin, zweimal mit den Bezirken Gespräche zu führen und dann tatsächlich konkret an Beispielen Fragen miteinander zu diskutieren, mit denjenigen, die dafür zuständig sind? Das ist eben nicht nur der Bezirk, sondern viele andere mehr. Das funktioniert sehr gut, und wir werden, wenn die erste Runde durch ist, sicherlich im Wirtschaftsausschuss mal berichten. – Danke!

Vorsitzender Jörg Stroedter: Vielen Dank, Herr Staatssekretär! – Dann haben wir verschiedene Wortmeldungen, als Ersten den Kollegen Schwarze für Bündnis 90/Die Grünen.

Julian Schwarze (GRÜNE): Vielen Dank! – Wir freuen uns dann schon mal auf den angekündigten Bericht, aber anknüpfen möchte ich an das von der Senatorin vorhin zum Thema Anschubfinanzierung Gesagte, da Sie die wirtschaftsdienlichen Maßnahmen in den Bezirken erwähnten, die dann erst mal herangezogen werden sollen. Jetzt ist es schon ein bisschen her, dass ich das letzte Mal mit denen praktisch zu tun hatte, aber wenn ich mich richtig erinnere, dann ist es so, dass die Maßnahmen dort immer nur auf Grundlage der Aktionspläne der bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit gewährt werden können und dürfen. Meine Frage ist, ob Sie geprüft haben, ob das dann überhaupt möglich ist und ob das in den Bezirken letztendlich auf dieser Grundlage überhaupt geht, diesen Umweg zu gehen. Das würde mich interessieren, ebenso, ob Sie uns einen groben Zeitplan nennen können, wenn Ihre Prüfung abgeschlossen ist. Also reden wir da über zwei Monate, fünf Monate? Was ist da der Zeitraum, wann Sie mit Ihren Vorbereitungen fertig sind, dass die Anschubfinanzierung dann jenseits der wirtschaftsdienlichen Maßnahmen erfolgt?

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Hier gab es einen fliegenden Wechsel. Hallo! Ich darf auch noch mal alle Anwesenden begrüßen. – Tschüss, Herr Stroedter! – Es gibt eine nächste Wortmeldung von Herrn Hansel. – Bitte sehr!

Frank-Christian Hansel (AfD): Vielen Dank! – Verehrte Frau Senatorin! Ich muss da schon widersprechen. Wir hatten im Ausschuss öfter Herrn Andresen vom DEHOGA, und er hat ganz klar, auch nachgewiesen, gezeigt, dass wir die Buchungen noch nicht wie vor Corona haben. Das ist noch nicht der Fall. Natürlich ist es schön, dass es aufwärtsgeht, auch mit der Messe. Das ist alles unbenommen. Wir sind immer dafür. Aber es ist eben so, dass man in einer schwierigen Zeit – – Die Wirtschaft in Deutschland geht weiter bergab, wir sind in der Rezession. Wir wissen, in Berlin ist es nicht so, wir sind immer besser als der Schnitt aufgrund der Aufholjagd. Alles richtig, nur muss man nicht dieses schwierige Thema mit so etwas zusätzlich belasten. Das war falsch, das hat auch der Verbandskollege gesagt, und das sollte man mal zur Kenntnis nehmen. Wir sind nicht in der Situation, dass wir uns mit zusätzlichen Abgaben in dieser Stadt belasten.

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank! – Als Nächsten haben wir Herrn Scheel auf der Redeliste. – Bitte sehr!

Sebastian Scheel (LINKE): Vielen Dank! – Die Diskussion darüber, was hier der stationäre Einzelhandel zu kämpfen hat und wie wir denn in so einer Metropole wie Berlin in der multi-zentralen Funktion, in der Funktion, die die vor Ort überhaupt haben – – werden wir gleich noch mal vielleicht intensiver führen, aber die ist, glaube ich, existenziell. Die Städte sind an Marktplätzen gegründet worden. Wenn das verlorenggeht, dann geht den Städten viel verloren.

Deswegen müssen wir viel intensiver Energie darauf legen, diese Funktion von Orten auch weiter zu erhalten. Ich persönlich bin kein großer Freund des BIDs, eher aus praktischen Gründen, er hat sich meines Erachtens nicht als Erfolgsmodell herausgestellt. Da mache ich aus meinem Herzen keine Mördergrube. Diese Weihnachtsbeleuchtungsthematik ist ein Ärgernis, seit sich Wall 2018 aus der Frage rausgezogen hat, jedes Jahr dasselbe, jedes Jahr zwei Monate vor dem Weihnachtsfest die Debatte darüber, dass wir keine Beleuchtung am Ku'damm haben. Das kann doch wohl nicht wahr sein. Alle wissen, dass es über die Stadtgrenzen hinaus gern gesehen wird und dass viele Leute dorthin kommen, es sieht auch toll aus, aber wir kriegen keine Lösung hin. Die AG City rühmt sich, mit über 500 Mitgliedern eine der stärksten Strukturen zu sein, die der Handel zu bieten hat, und kriegt es nicht auf die Reihe, diese 500 000 Euro zusammenzusammeln und damit etwas, was wirklich Umsätze bringt und für diese Stadt gut ist, zurückzugeben. Also mir platzt der Kragen, wie Sie vielleicht gerade merken, und ich bin normalerweise ein ruhiger Zeitgenosse. Entschuldigung, wir haben 2024 und seit fünf Jahren keine Lösung in dieser Frage hinbekommen, das ist eigentlich ein Skandal! Da müssen IHK und Handelsverband vielleicht mal in sich gehen und ein bisschen intensiver mit ihren eigenen Klienten reden. Das kann doch wohl nicht Ihr Ernst sein.

Das Gleiche gilt übrigens beim BID. Will man da mal die IHK ein bisschen mehr in die Pflicht nehmen und sagen, wie sieht es denn aus, könnt ihr das mit begleiten? – Oh nein, das ist ja Aufwand. – Ja, wofür gibt es denn die Industrie- und Handelskammer? Lasst sie doch solche Interessen mit einbringen! Dafür werden Zwangsabgaben von allen eingeführt, und dann sagt sie, wenn sie mal wirklich was zu tun hat, was vielleicht Sinn macht, da wollen wir nicht dabei sein, machen wir nicht. – Verstehe ich nicht! Und dass dann der Gesetzgeber sagt, na gut, wenn sie nicht will, machen wir es halt nicht, gucken wir, was das Bezirksamt so hinkriegt, also da weiß ich nicht, ob das ein Erfolgsmodell sein wird. – So, jetzt versuche ich, mich wieder zurückzunehmen, ich wollte nur aus meinem Herzen keine Mördergrube machen. – Danke!

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank für den lebendigen Wortbeitrag! – Von den Fraktionen sehe ich keine weiteren Wortmeldungen. Es wäre jetzt Gelegenheit für die Anzuhörenden, darauf einzugehen, wenn Sie möchten. Sehe ich ein Zeichen? – Sehe ich nicht! Sie müssen nicht, okay. Dann erteile ich der Frau Senatorin noch mal das Wort. – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Vielen Dank! – Ich würde gerne noch auf die Frage zu den Aktionsplänen der bezirklichen Bündnisse für Wirtschaft und Arbeit eingehen. Ich habe selber 16 Jahre im Bezirk sehr eng mit dem bezirklichen Bündnis für Wirtschaft und Arbeit zusammengearbeitet und zu damaligen Zeiten selber an den Aktionsplänen mitgewirkt. Also ich kenne die Verfahren, die es gibt, sehr genau. Wir hatten damals in Neukölln das Motto „Jung, bunt, erfolgreich“, und das war sozusagen der Grundsatz des Aktionsplans dort. Wir haben uns natürlich genau darüber Gedanken gemacht: Passt das, was jetzt zum Thema Anschubfinanzierung überlegt wurde, zu dem, was in den Aktionsplänen der bezirklichen Bündnisse steht? Wir sind auch auf die Bezirke zugegangen, und die haben das sehr begrüßt. Also inhaltlich passt eine Entwicklung der Zentren und eine Unterstützung von Gemeinschaften, mit dem Ziel, in den Geschäftsstraßen zu Verbesserungen zu kommen, genau zu dem, was in den Aktionsplänen der bezirklichen Bündnisse in unterschiedlicher Form verankert ist. Aber wir haben sozusagen mit den Bezirken Kontakt aufgenommen und grundsätzlich sehr positive und begrüßende Rückmeldungen dazu bekommen. Also ich kann Ihnen sa-

gen, aus meiner Erfahrung mit den Aktionsplänen passt das sehr gut und ist auch durch das Ziel der EFRE-Förderung gedeckt. Die regionale Entwicklung ist, dass sich an bestimmten Orten Akteure zusammenschließen, um zu einer regionalen Verbesserung der Wirtschaftsstruktur beizutragen. Das passt eigentlich sehr gut und ist auch förderfähig.

Zur Rolle der IHK: Ich will gar nicht in die Aufregung einsteigen, sondern einfach nur noch mal sagen, wir werden einen Koordinierungsausschuss haben, und dort werden Vertreter der Abgabepflichtigen dabei sein, und da engagiert sich auch die IHK gemeinsam mit uns, SenStadt und dem jeweils zuständigen Bezirksamt, also immerhin das. Das ist vielleicht noch mal ein guter Punkt. Wir haben vor, mit der IHK dazu auch eine Kooperationsvereinbarung zu schließen. Es gibt schon einen Entwurf für eine Kooperationsvereinbarung zwischen dem Land Berlin und der Industrie- und Handelskammer über die Unterstützung von Immobilien- und Standortgemeinschaften. Da sind wir eigentlich guten Mutes, dass wir eine solche Kooperationsvereinbarung hinbekommen und dass wir Ihrem Herzen vielleicht ein bisschen Balsam zukommen lassen können, Herr Scheel!

Herr Hansel hat noch den DEHOGA und dessen Stellungnahme angesprochen. Wir kennen die Position des DEHOGA dazu und haben auch sehr intensiv mit ihm gesprochen. Wir sind übrigens auf sehr viele Punkte, die der DEHOGA hatte, in diesem Zusammenhang eingegangen, zum Beispiel die Aushandlung von sehr langen Übergangsfristen, die Befreiung jeglicher bereits gebuchter Aktivitäten von City-Tax-Abgaben. Also keine bereits getätigte Buchung, mit der das geplant war, wird davon betroffen sein. Wir haben also sehr umfangreiche Übergangsregelungen extra mit dem DEHOGA abgestimmt. Am Ende, muss ich sagen, war das auch so, dass er zwar nicht freudetaumelnd, aber ganz okay mitgegangen ist. Wir haben wirklich an sehr vielen Stellen das berücksichtigt, was die Interessen des DEHOGA waren. Das hat er auch in seiner eigenen Veröffentlichung bekanntgegeben.

Natürlich ist das Thema Buchungen vor 2019 ein Thema. 2019 war das absolute Topjahr seit Mauerfall. Wenn wir uns damit vergleichen und jetzt zwischen 80 und 90 Prozent sind, vergleichen wir uns mit einem Topjahr. Das muss man immer sehen. Man muss auch unterscheiden, in welcher Hotelkategorie wir uns bewegen. Der Rückgang der Buchungen ist nicht über alle Hotelkategorie der Fall, sondern vor allen Dingen im Fünfsternebereich. Das muss man sagen. Allerdings muss man dann auch zugeben, das steht dann immer beim DEHOGA im Halbsatz hinten irgendwo, dass das Ganze durch viel höhere Zimmerraten kompensiert wird. Also die Umsätze sind mittlerweile wieder auf dem Niveau von 2019, die Zahl der verkauften Zimmer ist geringer, aber die Umsätze sind höher, weil einfach – – Ja, es hängt auch mit den Kosten zusammen, das stimmt, aber man muss schon sagen, dass dann auch ein Stück weit das, was an geringeren Einnahmen durch eine geringere Zahl von Zimmervermietungen kommt, durch eine höhere Zimmerrate kompensiert werden kann. Dass wir da noch nicht auf dem Level von 2019 sind, ist unbenommen. Trotzdem muss man immer sagen, wir sind auch im bundesweiten Vergleich auf einem hohen, guten Niveau unserer Tourismussituation. Aber das ist noch mal ein anderes Thema, das müssen wir heute vielleicht nicht bis ins letzte Detail ausführen.

Wie gesagt, ich denke, dass wir mit dem, wo wir jetzt beim Thema Anschubfinanzierung stehen, eine ganz gute Grundlage haben, die auch von den Bezirken begrüßt wird. Ich glaube, wir sollten der gesetzlichen Regelung jetzt einfach mal die Chance geben, dass wir das umsetzen können und das gemeinsam mit dem Bezirksamt Charlottenburg-Wilmersdorf, mit dem

wir wirklich eine sehr gute Zusammenarbeit haben, wofür ich mich auch noch mal bedanken möchte, gut hinkriegen und schnell in die Umsetzung kommen. Das ist unser Ziel. Wie lange die WdM-Prüfungen in einzelnen Bezirken genau dauern werden, das kann ich Ihnen heute noch nicht sagen, aber wir werden von unserer Seite alles dafür tun, dass das zügig funktioniert. – Vielleicht so weit erst mal!

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank, Frau Senatorin! – Wir haben noch eine Wortmeldung von Frau Kollegin Wolff. – Bitte sehr!

Dunja Wolff (SPD): Vielen herzlichen Dank! – Ich konnte leider nicht bei dem Zentrengipfel sein. Vielleicht hat sich da die Frage, die ich jetzt noch mal Stelle, schon erübrigt, aber meine Frage ist noch mal die Definition Zentren. Die ist, glaube ich, eine sehr entscheidende Sache. Da bin ich gerade mal sehr egoistisch. Tatsächlich ist bei mir im Wahlkreis die Bölschestraße, Ku’damm des Ostens, wie man so schön gesagt hat. Da fängt es auch an, Probleme zu geben. Das sind so Dinge, wo ich immer sage, solange es noch funktioniert, lasst uns das bewahren und nicht erst so lange warten, bis es nach hinten losgegangen ist, denn es wird jetzt so weit kommen, es werden Geschäfte aufhören. Wie kommen wir an die Vermieter heran? Wie können sich genau diese Gemeinschaften bilden, zum Beispiel die Werbegemeinschaft dort? Wir hatten hier auch eine Anhörung zu Werbegemeinschaften. Es wurde geraten, das zu unterstützen. Hamburg ist immer ein Riesenbeispiel, aber wir dürfen auch nicht vergessen, wie viel Geld in Hamburg steckt. Das möchte ich einfach mal so sagen.

Nichtsdestotrotz, die Werbegemeinschaften sind dort ein wesentlicher Faktor gewesen, und das ist nicht zu stemmen, weil es einen demografischen Wandel gibt, dass eben Geschäftsinhaberinnen und -inhaber auch aufhören. Es sind einzelne Familienunternehmen, die das alleine gestemmt und keine Nachfolger gefunden haben. Wenn das insgesamt einen An Schub geben kann, dass wir vor Ort auch antreiben können, inwieweit Bezirke bestimmen, was für sie das Zentrum ist – das kann ich jetzt im Moment nicht beurteilen. Mich würde aber mal interessieren: Was ist die Definition Zentrum? Und wie passen wir genau auf diese Phänomene auf, dass wir, ich sage jetzt mal mit Absicht, auch am Rand in diesen kleinen netten Gegenden, die touristisch wirklich stark bewandert sind – – Also das wird es ja auch in Spandau geben. Die Altstadt Spandau hat wirklich zu kämpfen gehabt, auch mit der Art der Anbieter, muss man einfach sagen. Kleine nette Boutiquen haben manche noch, manche nicht, manche können es stemmen. Also inwieweit wird da die Berücksichtigung noch sein, oder können wir darauf hoffen, dass wir auf jeden Fall auch diese ganzen Umgebungen noch weiterhin mit stützen können?

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank! – Herr Kollege Wapler! Sie haben das Wort.

Christoph Wapler (GRÜNE): Danke! – Lassen Sie mich noch ein Wort sagen, auch weil Herr Busch-Petersen von einer zweiten Runde gesprochen hat! Wir machen eine verbundene Anhörung. Ich würde gerne noch etwas zu der allgemeinen Einordnung sagen. Ich bin etwas konsterniert, dass diese Anschubfinanzierung nicht greifbar ist, weil das eigentlich ein Schritt weiter gewesen ist. Wenn da noch etwas kommen soll, sind wir gespannt. Es wird alles viel zu lange dauern, und ohne eine Anschubfinanzierung, die dann auch wirklich eine Anschubfinanzierung ist, werden wir es sehr schwer haben, weitere BIDs ins Laufen zu bekommen.

Alles andere konnten wir tatsächlich nur streifen, also auch die Punkte, die in dem Thesenpapier zum Zentrengipfel genannt sind. Da ist auch viel alter Wein in neuen Schläuchen, aber es gibt natürlich ein paar interessante Aspekte, wenn von Zwischennutzungen oder Mischnutzungen mit Kultur und Sozialem die Rede ist. Wir kennen auch die Idee vom Kultursenator mit der Zentral- und Landesbibliothek. Das werden wir heute alles nicht mehr klären können. Reallabore, was ist damit? Was ist mit dem Wirtschaftsverkehr, mit Liefer- und Ladeflächen, mit der Digitalisierung des Einzelhandels? Das wird bis jetzt alles nur angerissen. Deshalb zum Trost: Ich glaube, darüber werden wir noch sehr oft sprechen, und dann werden wir auch mit Ihnen hier an dieser Stelle noch öfter zusammensitzen und diese ganzen Punkte weiter bereden.

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank, Herr Kollege! – Herr Busch-Petersen! Sie möchten darauf noch mal Bezug nehmen? – Dann, bitte sehr!

Nils Busch-Petersen (Handelsverband Berlin-Brandenburg): Ja, ganz kurz! Zunächst zur Frau Abgeordneten Wolff: Die Bölschestraße war die erste Straße, die ich als mecklenburgisches Kind 1973 in Berlin gesehen habe, und ich dachte, eine ganz andere Welt. Schon damals! – Ja, es ist genau der Ansatz gewesen, dass wir vor allen Dingen gucken, wie wir bestehende Strukturen stärken. Wir haben auch weitere Anregungen gegeben, die sicherlich in weiteren Erörterungen eine Rolle spielen werden. Unser Verband hat sich stark dafür eingesetzt, dass wir über Kiezmanager nachdenken, auch darüber nachdenken, einzelne Einkaufsstrassen vielleicht auch mal extern arbeitsteilig betreuen zu lassen. Also da gibt es einen ganzen Instrumentenkasten, der weit über dieses eine Gesetz hinausgeht. Genau solche Straßen haben wir auf dem Zettel.

Wie ist „Zentrum“ genau zu definieren? – Wir haben eine Definition der Berliner Zentren. Es ist relativ einfach, weil wir früher einen Zentrenatlas gehabt haben. Jetzt haben wir einen Stadtentwicklungsplan Zentren. In der Grafik kann man einfach sehen, wie auch die Hierarchie ist. Das ist wirklich ein gutes Instrument, um das uns viele Großstädte in Europa beneiden. Wir haben das mal mit polnischen Kollegen abgeglichen, und die haben gesagt, na, das hätten wir auch gerne mal, denn mit dem Stadtentwicklungsplan Zentren, die bezirklichen Zentren untersetzen das Ganze, haben wir eine Vorgabe, die auch nicht jeden Investor dazu bringt, an jeder Stelle noch irgendwas zu machen. Über die Hierarchie können Sie sich einfach anhand der Grafik informieren. Kollege Tonndorf ist sicherlich in der Lage, Ihnen das auf Knopfdruck zur Verfügung zu stellen. Aber Ihr Ansatz ist wirklich der richtige, dass wir nicht tatenlos zugucken, dass die letzten noch funktionierenden Straßen erst abdriften, um dann über Medikamente nachzudenken.

Aber Sie haben es schon angeschnitten, und eigentlich hat es jeder von Ihnen angeschnitten: Wir sind unabhängig von der akuten Gesetzgebungssache, und deshalb danke für den Hinweis, dass wir jetzt auch schon über andere Fragen reden können, Herr Wapler, in einem massiven Umbruch eines Wirtschaftszweiges, der stadtprägend ist, historisch immer gewesen ist und dessen Rolle sich einfach verändert hat. Noch vor 10, 15 Jahren war völlig klar, wenn Sie Kundenbefragungen machten, die wir ja alle paar Jahre bundesweit machen: Die Kunden haben auf die Frage, warum sie die Innenstadt besuchen, zu 50, 60 Prozent gesagt, um einzukaufen. Das ist jetzt, nicht nur, aber auch durch Corona, aber auch durch den technologisch getriebenen Wandel eine Marke von ungefähr 30 Prozent. Das ist schon eine erhebliche Bedeutungsverschiebung. In nicht mal einer Generation, also 20 Jahren, hat sich das verändert. Das

heißt, dass wir auf der einen Seite auch neue Herausforderungen annehmen müssen. Ich glaube, da haben wir sogar bei Corona in der Auseinandersetzung mit der Verwaltung sehr viel gelernt. Die Akteure müssen sich in den Innenstädten anders vernetzen, denn der Handel kann und wird es nicht alleine stemmen. Die, die damals mit uns auch von einschränkenden Maßnahmen betroffen waren, Hotellerie, Gastronomie, Clubcommission, weitere Interessenvertretungen, haben gerade unter dem Druck von Corona angefangen, enger zu interagieren. Das ist, glaube ich, auch ein guter Ansatz für die Zukunft, dass wir diese Zusammenarbeit nicht nur in der Krise und in der Auseinandersetzung mit der Regierung beibehalten, sondern uns auch weiter ergänzen, denn dann kommen auch neue Ideen und neue Nutzungsansätze dazu, und wir sitzen nicht nur da und rühren im eigenen Saft. Ich glaube, dafür bieten auch der Zentrenipfel und seine Folgegespräche gute Möglichkeiten.

Aber wenn Sie, Herr Wapler, das schon ansprechen, will ich diesen einen Punkt kurz vertiefen, um Ihnen vielleicht mal – ich will jetzt nicht Spökenkiekerei betreiben – zu verdeutlichen, was im Moment gerade abgeht. Wir reden über Onlinehandel und meinen diesen oder jenen. Im Moment haben wir es bei der Drittländerplattformproblematik mit einer Herausforderung zu tun, wie sie der europäische Handel noch nie vor sich hatte. Insbesondere chinesische Plattformen fluten den europäischen Markt im Moment nicht mit ein paar Tausend Päckchen, sondern mit Päckchen im Milliardenumfang. Man hat in Belgien einen alten Militärflughafen aktiviert. Da kommen nur noch Frachtflieger aus China runter. Vor einigen Jahren haben einige Leute gedacht: Warum kaufen die Chinesen den Hafen von Piräus? – Jetzt wissen wir es, da landen die Schiffe aus diesen Ländern an, und dann wird munter innerhalb Europas ohne große Grenzen weiterverteilt. Wir haben eine Zollfreigrenze von, ich glaube, 150 Euro. Sie werden sehen, dass die einschlägigen Päckchen alle darunter deklariert sind, völlig unabhängig und nicht prüfbar, was eigentlich der Warenwert ist, was eigentlich bezahlt wurde. Es wird alles mit 149 oder 140 Euro oder noch weniger deklariert. Dann gilt erst mal eine Zollfreigrenze. Deshalb unsere Anregung, die zu kippen. China hat übrigens auch eine Zollfreigrenze, allerdings bei 6 oder 5 Euro, glaube ich, und die haben sogar noch einen funktionierenden Zoll. Das haben wir nicht.

Kollegen aus NRW hatten letztens ein Gespräch mit der dortigen Zollverwaltung, und die hat versucht, ihnen das grafisch darzustellen, und gesagt, die ganzen chinesischen Päckchen, die reinkommen, verteilt auf 365 Tage im Jahr, schätzt mal, wie lang unsere Kapazität für Kontrollen reicht, zwei Wochen, vier Wochen, sechs Wochen? – Da haben alle gerätselt, und dann haben die vom Zoll geantwortet: Nein, am 1. Januar um 10.30 Uhr ist Schluss. – Das heißt, für die ganze restliche Zeit gibt es keinerlei Kontrollkapazitäten, nichts, was in der Lage wäre zu prüfen: Wie sind die Herstellungsbedingungen? Das dürfte einige besonders interessieren. Also chromhaltiges Leder, überhaupt kein Problem in der chinesischen Fabrikation! Wie sind überhaupt die ganzen Herstellungsbedingungen? – Diese Plattformen entziehen sich zurzeit der simplen Verpflichtung, einen wirtschaftlichen Ansprechpartner im europäischen Raum zu definieren, was alle anderen, die hier aktiv sind, natürlich haben, ob Amazon, Zalando oder wer auch immer. Das machen die nicht. Das gibt es nicht. Und noch sind sie nicht dazu verpflichtet.

Wir haben einen mangelhaft digitalisierten Zoll. Wir brauchen dringend einen arbeitsfähigen Zoll, natürlich auch mit digitalen Instrumenten. Ansonsten können wir nichts gegen die dort völlig normale Falschdeklaration unternehmen. Deshalb ist das eine Welle, die über uns schwappt. Ich will ganz kurz, Herr Wapler, das ist jetzt Ihre Schuld, ein paar Namen nennen. Ich will aus Achtung vor den Abgeordneten natürlich kein Wissensquiz machen, aber ich nenne Ihnen jetzt einfach nur ein paar Begriffe, und wenn jemand schon mal was davon gehört hat, kann er ja kurz die Hand heben. Es geht ganz schnell, Frau Vorsitzende! – Gearful [phonetisch] – Pandabuy – Omare [phonetisch] – Noch nicht! SaraMart – ZAFUL – LightInTheBox – Geht noch! Trendyol – Wish – AliExpress – SHEIN – Nun aber mal! Temu – Okay! Temu und SHEIN sind auf dem Markt sehr präsent, haben ihre Umsätze vom vorigen zu diesem Jahr in Milliarden verdoppelt. Die anderen sind die auch schon wirksamen großen Plattformen aus China, und hinter denen stehen im Moment die Inder und bereiten sich vor. Ein sich so lächerlich schützender Markt wie der europäische Binnenmarkt mit teilweise völlig wirkungslosen Instrumenten liegt da wie ein niedergestrecktes Wildbret zum Mitnehmen.

Deshalb sage ich Ihnen, alles, was jetzt auf uns als Gesellschaft zurollt, und ich überschaue aktiv 34 Jahre Einzelhandel in dieser Stadt, ist eine Herausforderung, der wir natürlich mit rechtsstaatlichen Mitteln vernünftig begegnen müssen. Wir müssen Wettbewerbsgleichheit sichern. Wir wollen nicht irgendjemanden aus unserem Markt raushalten, das ist Unsinn, aber wir müssen uns zu gleichen Konditionen bewegen können. Und das heißt auch, dass unsere recht guten und strengen Vorgaben, was Lieferketten et cetera angeht, die gleiche Anwendung auf jeden finden müssen, der auf diesem Markt an Endverbraucher verkauft, sonst sind sie nichts wert, sondern sie fangen an, Produzenten und Händler in Europa mit Bürokratie und Regulierung aus dem Markt zu drängen. Das kann nicht unser Ansatz sein. Deshalb ist das für uns eines der zentralen Themen. Das wäre gerne zu vertiefen, vielleicht ein andermal. Ich will Ihnen nur sagen, es ist eine der ganz großen existenziellen Herausforderungen, vor denen wir stehen. Wenn wir zurzeit noch sagen, in Berlin sichern wir ungefähr 100 000 Arbeitsplätze und Existenzen, dann sieht das möglicherweise relativ schnell – ich habe vorhin schon gesagt, Bedeutungswandel innerhalb von 20 Jahren – ganz anders aus. Deshalb wollte ich das gerne mal angesprochen haben. Ich halte es für eine ganz wichtige Sache, dass auch Sie sich damit befassen, weil die Länder bei Zollangelegenheiten und Marktüberwachungsmechanismen mitzureden haben. Deshalb wird es wichtig sein, dass auch dieses Land sich da einbringt. – Danke!

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank, Herr Busch-Petersen! – Frau Bezirksbürgermeisterin Bauch! Sie können auch noch mal Stellung nehmen, wenn Sie möchten. – Nein! Sie müssen gehen, den Hinweis haben wir bekommen. Vielen Dank, dass Sie anwesend waren! Dann verabschieden wir Sie hiermit schon mal. – Dann möchte die Frau Senatorin noch mal Stellung nehmen. – Bitte sehr!

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe): Ich würde einfach nur, wenn es gewünscht ist, noch darauf verweisen, dass wir ja zum Thema Zentren und Definition von Zentren unsere Fachebene von der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung hier haben. Wenn Sie mögen, kann der Kollege das noch detaillierter ausführen. Für uns ist es so, es gibt ja keine festgelegte Zentrendefinition. Es geht darum, dass wir uns darum kümmern und die Orte, die uns im Gespräch mit dem Bezirken als zu entwickelnde besondere Orte benannt werden, besonders in den Fokus nehmen und das auch ernst nehmen und uns abstimmen, worauf wir

eine Priorität legen. – Wenn Sie einverstanden sind, würde ich darum bitten, dass SenStadt zu der Frage von Dunja Wolff noch etwas ausführt.

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Ja, prima, bitte sehr!

Thorsten Tonndorf (SenStadt): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Der Stadtentwicklungsplan Zentren – Herr Busch-Petersen hat ihn schon dargestellt in seinen wesentlichen Aussagen, und den kann ich Ihnen später auch überreichen – macht eine Definition der wichtigsten Berliner Zentren in der Zentrenhierarchie. Wir haben also zum einen Zentrumsbereichskerne wie die City-West oder die Mitte. Wir haben Hauptzentren wie zum Beispiel Spandau. Und wir haben in dieser Zentrenhierarchie Stadtteilzentren, zum Beispiel den Bereich Zehlendorf, aber auch Ortsteilzentren wie Lichterfelde-West. Herr Busch-Petersen hat es angesprochen, darunter definieren die Bezirke die Nahversorgungszentren, die kleinen Zentren, die für unsere Nahversorgung, für die fußgängerorientierte Versorgung so wichtig sind.

Das Instrument Immobilien- und Standortgemeinschaften nimmt zwar Bezug auf das Zentrensystem und die Geschäftsstraßen, hat aber keine unmittelbare Orientierung darauf. Das heißt, ein ISG kann auch am Rande oder außerhalb dieser unmittelbaren Zentren, die im Stadtentwicklungsplan Zentren definiert sind, gegründet werden. Wichtig ist mir in diesem Zusammenhang, es muss immer im Einklang mit der bezirklichen Planung sein. Damit wird auch klar, dass wir an den richtigen Standorten die richtigen Unternehmen unterstützen. Es funktioniert ja immer nur im Einklang mit der bezirklichen Planung und den städtebaulichen Zielen, die die Bezirke definieren. – Vielen Dank!

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Vielen Dank, Herr Tonndorf! – Dann sehe ich keine weiteren Wortmeldungen und würde zur Abstimmung über die Vorlage – zur Beschlussfassung – Drucksache 19/1839 – übergehen. Wer dieser Vorlage zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, der SPD, der Grünen sowie die AfD-Fraktion. Wer enthält sich? – Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion Die Linke. Damit ist die Vorlage angenommen. Es ergeht eine entsprechende Stellungnahme an den federführenden Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen. Ich frage den Ausschuss, ob wir TOP 2 b vertagen wollen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann und auch angesichts der Tatsache, dass Herr Margraf nicht anwesend sein konnte und wir eine schriftliche Erklärung von ihm bekommen werden. Es gibt eine Wortmeldung. – Bitte sehr!

Florian Dörstelmann (SPD): Ich habe nur eine kurze Nachfrage: Möchten Sie bei Wiederaufruf die Erörterung mit der Auswertung der Anhörung zu a verbinden?

Stellv. Vorsitzende Tuba Bozkurt: Nein, die ist abgeschlossen, über die haben wir gerade abgestimmt. Das wäre dann eine Vertagung von 2 b, bis das Wortprotokoll vorliegt und wir den Beitrag von Herrn Margraf haben. – Ich sehe Nicken. Dann werden wir so verfahren. – Herr Busch-Petersen! Ich danke Ihnen im Namen des Ausschusses, dass Sie da waren und uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben, und wünsche Ihnen einen schönen Resttag.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/1803
**Funktionierendes System für das Berlin-Ticket S
entwickeln**

[0204](#)
WiEnBe
ArbSoz(f)
Mobil

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.